

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der wertfälligen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Zeitspalte oder deren Raum 30 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 217.

Sonnabend, den 15. September 1917.

24. Jahrg.

## Die Treue zum Kaiser.

Die alldeutschen Heer- und Kriegstreiber betreiben bekanntlich das Antelegraphieren hoher und höchster Herrschaften im Afford. In ihren Telegrammen an den Kaiser betonen sie in der Regel ihre Treue zum Kaiser; sie suchen sich dadurch als die treuesten Stützen der Monarchie hinzustellen. Wie es in Wirklichkeit damit bestellt ist, wie wenig sie den Willen des Kaisers respektieren resp. mit seiner Politik übereinstimmen, das zeigt der „Vorwärts“ in nachfolgendem Artikel zutreffend auseinander. Er schreibt:

Wer die Taktik der konservativen Presse kennt, wundert sich nicht, daß sie auch diesmal wieder, wie noch immer in entscheidenden Augenblicken, den Thron gleichsam als Laub gegen die demokratischen Gräben vorzuschieben versucht. Hinter ihm nehmen die konservativen Sturmtrupps gegen den Reichstag vorfichtig Stellung. Entrüstet weisen sie den Anspruch der Volksvertretung, die Politik des Reiches entscheidend zu bestimmen, zurück. Die kaiserliche Gewalt, sagen sie, dürfe nicht zugunsten der Parlamentsmacht eingeschränkt werden.

Dieses Manöver zwingt uns die Frage aufzuwerfen — und wir bitten die konservative Presse sie klipp und klar zu beantworten: Wann haben die Konservativen und die ihnen verbündeten Alldeutschen den Willen des Kaisers respektiert? Wann haben sie mit der Politik, die als die kaiserliche gelten mußte, übereingestimmt?

Wir haben bisher im Reiche nur Kaiserkanzler, nie Parlamentkanzler gehabt. Die Reichskanzler waren vom Kaiser ernannt und konnten von ihm jederzeit entlassen werden, wenn er mit ihrer Politik nicht einverstanden war. Die Politik des Kanzlers war die Politik des Kaisers. Die Konservativen haben aber diese kaiserliche Politik immer bekämpft unter Caprivi, unter Hohenzollern, unter Bülow, unter Bethmann. Sie haben Caprivi zu stürzen versucht, Bülow in offener Parlamentsstimmung gestürzt und Bethmann fürzen geholfen.

Aber sprechen wir zunächst nur von der Zeit des Krieges!

Der Kaiser hat, wie dokumentarisch festgestellt ist, an der Vermeidung des Krieges zu einer Zeit gearbeitet, in der die konservativ-alldeutsche Presse zum Krieg trieb.

Der Kaiser hat den Ausbruch des Krieges als ein Unglück angesehen. Die alldeutschen Blätter schrieben: „Diese Stunde haben wir immer ersehnt. Nun ist sie da die heilige Stunde! Das deutsche Volk jubelt!“

Der Kaiser hat die Mobilisation nach alldeutscher Meinung zu spät angeordnet.

Der Kaiser hat drei Jahre lang Bethmann aus eigenem Willen im Amte gehalten und ihm sein Vertrauen geschenkt, während Bethmann von den Konservativen beschimpft, bespottet und heruntergerissen wurde.

Der Kaiser hat das Wort gesprochen: „Uns treibt nicht Eroberungslust.“

Der Kaiser hat Bethmann nicht entlassen, als er vom Unrecht an Belgien sprach.

Der Kaiser hat Bethmann nicht entlassen, als er die Verdienste dieses Reichstages — der jetzt nach konservativer Meinung von Michaelis mit Schimpf und Schande davongefragt werden soll — um die deutsche Landesverteidigung in begehrter Dankbarkeit feierte.

Der Kaiser hat die Polenpolitik Bethmanns gebilligt, die gerade im konservativen Lager die schärfsten Kritiker gefunden hat.

Der Kaiser hat sich zum deutschen Friedensangebot vom 12. Dezember 1916, derentwegen Bethmann von den Konservativen fast gesteinigt worden wäre, als zu seinem geistigen Eigentum bekannt.

Kurz, der Kaiser, und nicht die Reichstagsmehrheit, hat die ganze Bethmannsche Politik gedeckt, von der die alldeutsche-konservative Presse sagte, sie arbeite, als ob sie in Englands Sold stünde, und sie führe das deutsche Volk in den Abgrund.

Der Kaiser hat dann persönlich und in seinem eigenen Namen die Osterbotschaft und die folgende preussische Wahlrechtsbotschaft erlassen. Finden nun, wo der Kaiser persönlich hervortritt, die Konservativen, daß sein Wille entscheidend sein soll? In der konservativen Wählerversammlung in Anklam hat der konservative Parteiführer und Präsident des Hauses der Abgeordneten, Graf Schwerin-Löwitz, diesem ausgesprochenen kaiserlichen Willen den Kampf bis aufs Messer angefangen.

Wie es ja schon 1908 war, als es hieß: „Es ist mein Wille.“ Und es wurde doch nichts aus der preussischen Wahlfreie! Und 1899: „Gebaut wird er doch!“ Und er wurde doch nicht gebaut, der Mittelkanal!

Das alles stellen wir fest, ohne zu fragen, wer recht hatte und wer unrecht. Aber wir fragen: Woher nehmen diese Leute den ungeheuerlichen Mut, dem Volke zu erzählen, sie wollten dem Willen des Kaisers Geltung verschaffen und nicht etwa dem eigenen?

Michaelis ist vom Kaiser ernannt, Michaelis ist der Vertrauensmann des Kaisers. Michaelis regiert nach dem Willen des Kaisers. Michaelis regiert nach dem Willen des Reichstages. Der Kronprinz hat

Noch vor wenigen Tagen feierten die „Berliner Neuesten Nachrichten“ Herrn Michaelis als den Vertrauensmann des Kaisers.

Die Konservativen erwarten nämlich, daß Michaelis nach dem Willen des Kaisers in einer Richtung regieren wird, die jener schnurstracks entgegengesetzt ist, in der Bethmann-Hollweg drei Jahre lang nach dem Willen des Kaisers regiert hat. Woher die Zuversicht zu solchem Umschwung?

### Ein Grund

zur

### Agitation für die Parteipresse

Die Annegionisten und Kriegstreiber haben sich einen neuen Verein gegründet, der in den nächsten Tagen und Wochen seine Tätigkeit beginnen wird. Den Leuten steht die gesamte bürgerliche Presse zur Verfügung. Und sie werden keine Arbeit scheuen, die Gemüter aufzupeitschen. Das bedeutet aber die Fortsetzung des Krieges auf unabsehbare Zeit!

Diesen Versuch muß ein Gegengewicht entgegengestellt werden, damit auch die wirkliche Ansicht des Volkes zum Ausdruck kommt!

Dies geschieht nur durch die sozialdemokratische Presse, die unabhängig und rücksichtslos für die Interessen des Volkes eintritt und seine Ansicht zum Ausdruck bringt. Leute, die sich in gesicherter sozialer Stellung befinden, die über Geld haufenweise verfügen, sind nicht geeignet, über das zu entscheiden, was dem Volke frommt. Das kann nur allein aus dem Volke selbst herauskommen.

Dazu bedarf

es aber einer starken Presse!

Kann denn in der Jetztzeit überhaupt etwas für die Parteipresse geschehen? Jawohl! die Mitteilungen aus anderen Kreisen bestätigen das. Die „Mecklenburgische Volkszeitung“ kann mitteilen, daß sich im Juli und August ihr Abonnentenstand um 500 vermehrt hat. Aus dem Eisenacher Agitationsbezirk wird mitgeteilt, daß an einem einzigen Ort 68 neue Abonnenten an einem Tage gewonnen wurden.

Parteigenossen, machen wir das nach! In wenigen Wochen vollzieht sich ein neuer Quartalswechsel und da ist Gelegenheit, auf die Notwendigkeit der sozialdemokratischen Presse hinzuweisen. Nur bei eifriger Agitation sind wir gewappnet, den Anstürmen der Gegner erfolgreich zu begegnen!

Es geht

um die Interessen des Volkes!

Warum soll Michaelis tabu sein, während Bethmann vogelfrei war?

Warum soll Michaelis nicht eines Tages auf ähnliche Weise verschwinden können wie Bethmann?

Bethmann war acht Jahre lang Kanzler. Als er ins Wanken geriet, beauftragte der Kaiser den Kronprinzen, zu ergründen, ob Bethmann noch in vollem Maße das Vertrauen des Reichstages besitze. Der Kronprinz hat

die Fraktionsführer zu sich, und es stellte sich heraus, daß nur Herr v. Bayer, der Vertreter der Volkspartei, das Bleiben des Kanzlers entschieden wünschte. Darauf wurde das Abschiedsgesuch genehmigt. Es war ein halbparlamentarischer Regierungsturz, an dem — aus entgegengekehrten Gründen natürlich — die konservative Partei mit der sozialdemokratischen erfolgreich zusammenwirkte.

Bethmann, an dessen Sturz die Konservativen mit allen Mitteln arbeiteten — nicht nur mit parlamentarischen, sondern auch mit perfiden — stand jahrelang zum Kaiser in einem engen Vertrauensverhältnis. Daß der Kaiser im gleichen Verhältnis auch zu dem jetzigen Kanzler steht, kann die konservative Presse kaum behaupten. Sie weiß gewiß so gut wie wir, daß — aus Gründen, die hier nicht wiedererzählt zu werden brauchen — bei der Neubekleidung des Kanzlerpostens Schwierigkeiten entstanden und daß der Kaiser, drei Stunden bevor er die Ernennung vollzog, an Herrn Dr. Michaelis überhaupt noch gar nicht gedacht hatte. Wie kann da die konservative Presse dem Volke einreden wollen, der Reichstag würde sich gegen den Willen des Kaisers auflehnen, falls er sich erlauben sollte, die Politik des Kanzlers zu mißbilligen? Möglicherweise — wer kann es heute wissen? — würde der Kaiser über diese Mißbilligung außerordentlich erfreut sein und sie mit Vergnügen dazu benutzen, einen erkannten Irrtum mit zu korrigieren!

Als die Fraktionsvertreter zum Kronprinzen berufen wurden, hatten sie wohl das Recht zu sagen, ob ihnen Herr v. Bethmann passe oder nicht. Die Konservativen haben dieses Recht nicht nur anerkannt, sondern sogar von ihm mit Wohlgefallen Gebrauch gemacht. Wo steht geschrieben, daß die Fraktionen mit der Wiederholung eines solchen Urteils bis zu einer neuen Berufung zum Kronprinzen warten müssen, und daß es ihnen verboten sei, sie in einer Sitzung des Reichstages zu vollziehen, was doch an sich das Gebotene und Natürlichste ist?

Wenn aber dieser Fall eintritt, warum soll wieder im entscheidenden Augenblick irgend ein Herr v. Müller Berater des Kaisers sein müssen und nicht der Präsident des Reichstages? Das wollen wir euch sagen, liebe Freunde! Einzig und allein darum, weil die Konservativen in der Umgehung des Kaisers sehr zahlreich sind, während sie im Reichstag eine verschwindende Minderheit bilden, weil also nach dem bisherigen System eine gewisse Aussicht besteht, einen Konservativen als Reichskanzler zu bekommen, nach dem parlamentarischen aber gar keine!

Alle Defamationen der Konservativen stehen zu althergebrachten Tatsachen und vor allem zu ihren eigenen Taten in schreiendem Widerspruch. Sind die Herren so verbohrt, daß sie diesen Widerspruch selber nicht bemerken? Spekulieren sie auf ein gläubiges Publikum, das keine Ahnung von dem hat, was in der Welt vorgeht? Gibt es das überhaupt noch in Deutschland?

Stellen wir fest: Was der Kaiser will, ist den Konservativen gleichgültig. Was sie selber wollen, ist ihnen dagegen höchst wichtig. Sie wollen den Kanzler Dr. Michaelis für ihre Politik einspannen und haben zu ihm, was ihn sehr ehrende Vertrauen, daß er dazu hervorragend geeignet sei. Regiert Dr. Michaelis nach ihrem Willen, dann ist jede Opposition gegen ihn Auflehnung gegen die kaiserliche Gewalt. Und wenn sich dann die Mißstimmung über das herrschende Regiment auf den Träger der Krone konzentriert, der innerlich vielleicht damit gar nichts zu tun hat, dann triumphiert die konservative Parteitaktik.

Aber auch die Monarchie?

### Kerenski und Kornilow, ein Stück Klassenkampf.

Nach den letzten Meldungen der Petersburger Telegraphenagentur, die in den Händen der Kerenski-Partei ist, ist Kornilows Rebellionsversuch gescheitert. Kornilow soll bereit sein, sich zu ergeben und sich vor dem revolutionären Gericht wegen Meuterei zu verantworten. Ingegnen soll nunmehr der Sozialdemokrat General Kalodin die Führe der Rebellion ergriffen haben. Die Lage ist also noch nicht geklärt. Immerhin darf man annehmen, daß Kerenski weiter die Lage beherrschen wird. Es fragt sich nur, auf wie lange Zeit.

Der offene Bürgerkrieg, der mit dem Rebellionsversuch Kornilows proklamiert wurde, ist die Gefahr, welche die russische Revolution nach ihrem Siege mit aller Sorgfalt zu vermeiden suchte. Seit dem ersten August 1914 bedrückt alle sozialistischen Parteien die Frage, wie sich der Krieg als Kampf gegen den äußeren Feind zum Klassenkampf verhält. Bei Kriegsausbruch stochte das Wirtschaftsleben, und die Arbeiterklasse war in größter Gefahr, durch tiefe Arbeitslosigkeit ins tiefste Elend geschleudert zu werden und alle Errungenschaften jahrelanger gewerkschaftlicher Kämpfe ins-



besondere auf dem Vojnggebiete zu verlieren. Damals wurde es allgemein willkommen geheißen, daß der Burgfriede proklamiert wurde, der die Unternehmung zur Fortzahlung der Vojne in unveränderter Höhe und Einhaltung aller Tarifbedingungen verpflichtete. Seitdem hat sich die Konjunktur vollkommen geändert, der Mangel an Arbeitern insbesondere an gelehrten ist ständig gewachsen und im Zusammenhang damit ist die Politik der Zusammenarbeit im Innern mit Rücksicht auf die Gefahren von außen her ständig wachsendem Widerspruch begegnet. Prüfen wir die Taktik der Arbeiterpartei an der Hand der russischen Experimente.

Die russische Revolution begann seitens der Duma mit dem ungestümen Verlangen des Verlangens nach einer „Regierung des Volksvertrauens“. Nach dem Sturz des Zarismus, den nicht die Duma, sondern die ausländischen Fabrikarbeiter Petersburgs in blutigen opferreichen Kämpfen herbeigeführt hatten, gedachte der Volksauschuß der Duma, in der die Arbeiter bekanntlich infolge des Klassenwahnsinns nur ganz wenige Sitze hatten, die Regierung zu übernehmen und eine bourgeoislberale, parlamentarische Monarchie oder eine ebenjohliche Republik zu gründen. Durch diesen Plan machten die rasch gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte einen dicken Strich. Die provisorische Regierung wies zwar in der Hauptsache anfangs bürgerliche Minister auf, aber die Sowjats übten eine strenge Kontrolle über ihre Haltung aus und erzwangen des öfteren die Zurücknahme von Beschlüssen und Erklärungen, die ihnen nicht paßten. Die Maßnahme, die mit der Ausschaltung von Gutschkow und Miljukow endete, zeigte die Arbeiter- und Soldatenräte auf der Höhe ihrer Macht.

Gleichwohl dachten sie nicht daran, die Meuterei, eine Diktatur des Proletariats anzustreben. Nur die Bolschewiki vertraten die Taktik, in der einmal gegebenen revolutionären Situation sofort zur Verteilung des Grundbesitzes und zur Verstaatlichung der großen Unternehmungen wie zur Konfiskation des Vermögens zu schreiten. Wohl waren auch sie sich bewußt, daß Russlands Entwicklung noch nicht so weit vorgeschritten ist, um aus ihm dauernd eine sozialistisch-proletarische Gemeinschaft zu machen; sie rechneten mit dem unvermeidlichen Rückschlag, aber sie wollten wenigstens vorher eine möglichst große Menge von Taktischen geschaffen haben, die später nicht mehr ganz aus der Welt geschafft werden konnten. Die Landverteilung nach der französischen Revolution von 1789 war ihr großes Vorbild. Als rein revolutionäre Taktik konnte eine andere als die der Bolschewiki kaum in Frage kommen.

Die große Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte hielt indessen am Burgfrieden mit Rücksicht auf den äußeren Feind fest. Das Zusammenwirken mit der Bourgeoisie läßt ihnen zur glücklichen Fortsetzung und Beendigung des Weltkrieges unentbehrlich. Im Dienste dieses Burgfriedens ließen sie den Petersburger Juli-Aufstand der Bolschewiki durch die Kojaken niederwerfen. Nach dem Moskauer Staatssturz beschloß der Parteitag der russischen sozialdemokratischen Partei mit Zweidrittelmehrheit eine Resolution Jerschelli, daß die Sozialdemokratie sich nicht isolieren dürfe. Aber die Bourgeoisie wurde im Bewußtsein ihrer Unentbehrlichkeit zusehends anspruchsvoller. Im Einverständnis mit allen kapitalistischen Elementen forderte Kornilow schon in seiner Moskauer Rede die Wiedereröffnung der Tobesstrafe nicht nur an der Front, sondern im ganzen Land und die Ausdehnung seiner Militärbesetzung auch auf die wichtigsten Städte. Dadurch wäre jede Verbindung mit den Arbeiter- und Soldatenräten abgebrochen worden; an liebsten hätten die Gutschkow und Miljukow samt ihren militärischen Vertrauensmännern deren Auflösung und Verbot gesehen. So weit mochte Kerenski nicht gehen, weil das den Widerstand der gesamten Arbeiterklasse hervorgerufen hätte. Und so kam es zum Konflikt, in dem er zunächst gesiegt zu haben scheint.

Kerenskis Sieg ist ein Sieg des Burgfriedens über die Forderung nach Alleinherrschaft der Bourgeoisie. Errungen hat ihn das Ministerium Kerenski offenbar nicht durch die Macht des Proletariats allein, sondern dadurch, daß im entscheidenden Augenblick große und wichtige Teile des Bürgertums den Ausruf des Klassenkampfes mit den Waffen mit Rücksicht auf den Krieg vermieden sehen wollten. Die Verhandlungen mit Alzejew und Kuski, den früheren Oberbefehlshabern des russischen Heeres, die seit Beginn der Krise aufs eifrigste geführt wurden, und an denen auch die Bolschewiki der alliierten Länder unter Führung Buchanan teilnahmen, müssen zu irgend einer Verständigung geführt haben, deren genaues Inhalt man noch nicht kennt. Erst danach wandten sich diese Generale von Kornilow ab und verschafften der provisorischen Regierung den Sieg.

Der Entente wäre es, wie die Haltung ihrer Presse zeigt, natürlich lieber gewesen, wenn Kornilow ohne viel Mühe gesiegt hätte; dann wäre die russische Bourgeoisie im Besitz der Macht ein treuer Bundesgenosse bis zur „Verharmlosung des preußischen Militarismus“ gewesen, und die Kriegstreiber in London hätten von Rußland her keinerlei Stachelholmer Seitenprünge mehr zu befürchten gehabt. Als die Besieger indessen sahen, daß die Verhältnisse dafür noch nicht reif waren, hoben sie ihren Forderungen von der Generallität und der Arbeiterpartei wenigstens einen entscheidenden Anteil an der staatlichen Macht gesichert.

Es wäre danach wohl verfehlt, zu hoffen, daß die russischen Arbeiterklassen und ihre Führer sich jetzt mit einem energiegelassen Ruf von der Entente der unbegrenzten Kriegsverlängerung loslösen. Die Wahrscheinlichkeit spricht vielmehr dafür, daß Kerenski die bisherige Kriegspolitik verbrämt mit friedlichen Redensarten, fortsetzen wird. Dann wird nach einigen Wochen der unter der Oberfläche unausgesprochen fortgeführte Kampf um die Macht zwischen Bourgeoisie und Proletariat von neuem entzünden und zugleich eine neue Krise des Weltkrieges bringen. Vielleicht durch einen neuen Bolschewikenaufstand, denn deren Anfang unter den Arbeitern wächst; vielleicht durch einen neuen Staatsstreich der hohen Generallität, der dann besser vorbereitet sein könnte. Auf längere Zeit wird die Macht nur gehalten, wenn Rußland den Frieden zu bringen vermag. Die proletarische Revolution insbesondere verliert an ihren Zukunftsaussichten mit jedem Tag, um den sie das Verlangen verlangt. Ob durch Burgfrieden oder Sicherung des eigenen Landes — während des Krieges kann die proletarische Sache nicht wirksam vorwärts geführt werden.

Heber die Lage in Rußland liegen heute folgende Meldungen vor:

Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur: Kerenski erläßt an Armee und Flotte einen Tagesbefehl, worin es heißt: Der höchste Befehl der Revolution, der von dem früheren Oberbefehlshaber und einer Handvoll Generale unterzeichnet wurde, ist vollständig gültig. Die Soldaten werden dem revolutionären Kriegsrat unterstellt. Die Offiziere der Revolution sind verpflichtet, die Revolution zu unterstützen.

gesunden Verstand des russischen Volkes. Armee, Flotte, alle Generale, Admirale, Offiziere, Soldaten und Matrosen, die dem fürstlichen Feind gegenüberstanden, üben den Pflichten gegenüber dem Vaterlande und der gesetzmäßigen Regierung treu. Sechs Monate freien politischen Lebens festigten bei allen die Ueberzeugung, daß im gegenwärtigen Augenblick alle unüberlegten extremen Forderungen nur den Staat erschüttern. Jeder Soldat und jeder General möge wissen, daß jede Nichtunterwerfung unter die Gewalt von heute an unerbittlich bestraft wird. Im gegenwärtigen Augenblick müssen alle Kräfte der Nation vor allem gerichtet sein auf die Verteidigung des Vaterlandes gegen den äußeren Feind.

Der Arbeitsminister erklärte, nach Reuter, das Abenteurer Kornilow als endgültig zusammengebrochen. Sein Hauptquartier habe sich ergeben.

„Iswestija“, das Blatt des Arbeiter- und Soldatenrats, meldet: Kornilow und sein Generalstabchef, General Lukomski, erklärten sich bereit, vor dem revolutionären Gerichtshof zu erscheinen, um wegen der Organisation eines Aufstands abgeurteilt zu werden.

Die Diplomaten der Alliierten gaben bekannt, daß sie die Vermittlung zwischen Kornilow und Kerenski angeboten haben, um Blutvergießen zu vermeiden.

Aus Petersburg wird gemeldet, daß das Vertrauen Kerenski in den Arbeiter- und Soldatenrat berechtigt war, und daß sich dieser gegen Kerenski treuer erwiesen hat, als das Armee-Oberkommando. Nach London ist nichts von einem Zusammenstoß und blutigen Kämpfen zwischen Kornilow und den Regierungstruppen gemeldet worden. Als die Abteilungen Kornilows auf dem Wege nach Petersburg die Abgesandten des Arbeiter- und Soldatenrats trafen, traten sie mit ihnen in Verhandlungen ein und wurden von den Regierungstruppen eingeschlossen, sodas sie sich ergaben.

Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus Petersburg vom 13. September: Alexejew forderte sofort nach seiner Ernennung zum Generalstabchef Kornilow auf, sich zu ergeben. Nach den Blättern ging der Kommandant der Kavallerie Kornilow, General Krymow, zu der vorläufigen Regierung über. Die Blätter sagen, daß zwischen den Truppen Kornilows und denen der vorläufigen Regierung kein Geßicht stattgefunden hat, sondern daß sie sich im Gegenteil verbrüdereten.

Reuter meldet aus Petersburg vom 13. September: In einer Versammlung der ausführenden Ausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte und der Bauernräte teilte der Arbeitsminister mit, daß nach dem Willen von Kornilow Abenteurer und der Uebergabe seines Hauptquartiers binnen kurzen die Armeeverwaltung geändert werden würde. Die Regierung handele übereinstimmend mit der Revolution. Die Demokratie siegte, dürfe aber nicht weniger wachsam sein, denn neue gegenrevolutionäre Versuche würden unternommen werden. Man habe Beweise für das gefährliche Treiben des Kojakenhetmans General Kaledin gefunden. Die neue Regierung müsse von den Elementen, die irgendwie mit Kornilow in Verbindung gestanden hätten, geäubert werden.

Die Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnbeamten haben sich sofort auf die Seite der Regierung in Petersburg gestellt und haben hierdurch sehr viel dazu beigetragen, das Land ruhig zu halten.

In Petersburg wurde eine aus 50 000 gut bewaffneten Mannschaften bestehende Miliz aufgestellt, die dem Sowjet untersteht.

Nach einer Reutermeldung aus Petersburg ernannte die vorläufige Regierung Kerenski zum Generalissimus und Alexejew zum Generalstabchef.

Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur: Finanzminister Refasow, der Vizepräsident des Minister Rates, ist zurückgetreten. Der Minister des Auswärtigen Amtes, Tereschkow, wird Vizepräsident des ungebildeten Kabinetts. Die Regierung schickte einen Ausschuß ins Hauptquartier zu Erkundungen über die Verschwörung Kornilows.

„Berlingske Tidende“ meldet über Haparanda aus Petersburg, daß der frühere Ministerpräsident Fürst Lwow mit 80 anderen Politikern, die ihm nahestanden, verhaftet wurde.

Aus Wiborg wird berichtet, daß dort der Chef des in Finnland liegenden Armeekorps, General Oranowski, sowie der Festungskommandant, General Stefanow, mit fünf anderen höheren Offizieren verhaftet wurden. Oranowski hatte sich tags zuvor geweigert, einen Befehl Kerenski auszuführen und gegen Kornilow zu marschieren. Als hohen Offiziere nach der Hauptstadt geführt wurden, um vom Arbeiter- und Soldatenrat verhört zu werden, wurden sie von einer Gruppe von Soldaten in die Mitte genommen, nach der La-Brücke geschleppt und ins Wasser geworfen, worauf die Soldaten sie beschossen. Alle sieben Offiziere wurden getötet. Am Abend mußte noch ein anderer höherer Offizier, der Chef eines Manenregiments, ihr Schicksal teilen. Zum Nachfolger Oranowskis wurde der Hauptmann Jochanow ernannt.

Kerenski befragt mit der Kapitulation Kornilows die gegenrevolutionäre Bewegung noch keineswegs als abgeschlossen und läßt daher jeden irgendwie Verdächtigen verhaften. Die Zahl der seit dem 11. September verhafteten Politiker und Offiziere wird auf mehr als 150 angegeben. Besonders Mißtrauen hegt Kerenski fortgesetzt gegen die gesamte Generallität. Auch die Generale Alzejew und Kuski sollen das Vertrauen des Diktators keineswegs besitzen, der jeden Tag neue Aktionen der Militärs gegen sich erwartet. Daher übernahm er selbst den provisorischen Oberbefehl. Er beabsichtigt, rege an der Armeeleitung teilzunehmen.

„Arbeitsblatt“ meldet aus Haparanda: Das Dumamitglied Barischewitsch wurde in Petersburg verhaftet. Nach dem gleichen Blatt kam seit dem 10. September kein Tag mehr aus Reskon in Petersburg an.

Wie eine Privatdepesche Reuters aus Petersburg berichtet, erließen die diplomatischen Vertreter der Alliierten folgende Bekanntmachung: Einige Blätter haben während der jetzigen Ereignisse auf die Vertreter der alliierten Mächte in Petersburg hingewiesen und behauptet, daß diese Kornilow unterstützen. Es ist zum nötig, jene Anschuldigungen zu widerlegen, denn sie können nicht mit der Haltung der Alliierten Rußlands inneren Angelegenheiten gegenüber überein. Die Vertreter aller alliierten Länder in Petersburg haben eine warme Sympathie für die große Demokratie ihres Reiches und bieten ihre guten Dienste an, um den Bürgerkrieg zu verhindern. Es heißt dann in der Bekanntmachung, die der englische Gesandte als Letzter überreichte: Die Vertreter der Alliierten haben unter Führung von Buchanan über die Lage, die durch den Konflikt zwischen der Regierung und Kornilow hervorgerufen wurde, beraten und werden pflichtgemäß auf ihrem Posten verharren, um ihre Botschaft zu halten. Weiter heißt es: Es ist sehr

allen Kräften Rußlands zur Fortsetzung des siegreichen Krieges wiederhergestellt wird. Sie erklären einmütig, daß sie aus menschenfreundlichen Rücksichten, um nie wieder getötet zu werden, ihre guten Dienste anbieten mit dem einzigen Zweck, die Interessen Rußlands und die gemeinschaftlichen Ziele der Alliierten zu fördern.

## Die Luzburg-Affäre.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom Freitagabend bringt an der Spitze eine längere Erklärung zu dem deutsch-argentinischen Fall. Es wird gesagt, daß der Inhalt der Depeschen lediglich persönliche Ansichten und Vorschläge des Gesandten, Grafen Luzburg, wiedergebe. Die Uebermittlung der Telegramme habe sich unter größter Wahrung der schwedischen Neutralität vollzogen. Der deutsche Gesandte habe das Recht gehabt, die guten Dienste Schwedens in demselben Umfange in Anspruch zu nehmen, wie das auch seitens der Vereinigten Staaten von Nordamerika geschehen sei. Daß die schwedische Regierung vom Inhalt der Depeschen keinerlei Kenntnis gehabt habe, verstehe sich von selbst. Schließlich heißt es: Unsere U-Boot-Kommandanten haben Instruktionen, die in der Achtung vor den Befehlen der Menschlichkeit bis an die äußerste Grenze des militärisch Zulässigen gehen. Und sie handeln auch nach diesen Befehlen, wie das eine Ueberfülle von Beispielen dartun kann.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ erfährt, daß man an Berliner unterrichteter Stelle der Ueberzeugung sei, es werde nicht zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und Buenos Aires kommen; mit der Uebertragung des Grafen Luzburg dürften die Schwierigkeiten ihre Lösung finden.

„Daily Chronicle“ erfährt aus Buenos Aires: Luzburg erhielt eine Frist von 24 Stunden, um das Land zu verlassen. Er geht nach Chile.

Nach einer „Havas“-Meldung hat die argentinische Regierung an Deutschland eine Note gerichtet, in der sie erklärt, sie würdige die große und erhabene Form, in der Deutschland die Forderung Argentiniens bestätigte. Sie bedauere jedoch, sagen zu müssen, daß Graf Luzburg infolge der veröffentlichten Depeschen aufgehört habe, persona grata zu sein und daß sie ihm deshalb die Pässe zu stelle.

Die „Köln. Zeitung“ meldet von der schweizerischen Grenze: Die Pariser Blätter erfahren aus Buenos Aires: Graf Luzburg bestritt in einer Unterredung die Echtheit der von Laning veröffentlichten Depeschen.

Ueber Neuyork kommen Mitteilungen nach neutralen Ländern von antideutschen Kundgebungen in Buenos Aires. Danach soll die Menge nicht nur die Gebäude der deutschen Gesandtschaft mit Steinen beworfen, sondern auch das deutsche Klubhaus und die Gebäude deutschfreundlicher Blätter in Brand gesetzt haben.

## Die Kriegslage.

Gegenüber der englischen Front entfalteten die Deutschen in der Nacht zum 13. September sowie am 13. September erfolgreich rege Patrouillentätigkeit. Bei einem nächtlichen deutschen Vorstoß nördlich von Langemarck wurde das von den Engländern besetzte Waldstück gesäubert. Ueber zahlreichen Gefangenen wurde ein Maschinengewehr erbeutet. Die Engländer steigerten im Ypern-Bogen mehrfach die Artillerietätigkeit am Abend des 13. September sowie am Morgen des 14. September. Die deutsche Artillerie antwortete mit gutem Erfolge. Zahlreiche englische Anlagen wurden zerstört und eine große Anzahl Explosionen beobachtet. Ein englischer Fesselballon wurde durch deutsches Artilleriefeuer brennend abgeschossen. Zu englischen Infanterieangriffen kam es an keiner Stelle der Front.

Auch im Artois und in der Gegend von St. Quentin hatten die Deutschen in Borselkämpfen überall die Oberhand. Südlich Richcourt und östlich Fricourt wurden Gefangene erbeutet. Die Franzosen verhalten sich weiter ruhig. Sie zeigten wohl am Abend des 12. September auf dem östlichen Maas-Ufer in der Gegend des Chaume-Balbes Angriffsbefehle; in dem vernichtend einsetzenden deutschen Feuerangriff wurden die beabsichtigten Angriffe jedoch im Keime blutig erstickt.

Im Osten versuchten die Russen an der Niga-Front nördlich der Na und bei Engelhardtshof einen Angriff, der glatt abgewiesen wurde. Ebenso wurde am Zbrucz ein russisches Stoßtruppunternehmen bei Zbrucz zurückgeschlagen.

WTB. Berlin, 14. Septbr., abends. (Umstich.)  
Wachster Artilleriekampf nur in einigen Abschnitten der Radwiesfront von Verdun.

Wien, 14. Septbr. (Umstich.)  
Italienischer Kriegsschauplatz.  
Am Nordhang des Monte San Gabriele wurden drei harte Angriffe der Italiener abgeschlagen.  
Sankt ist über keine Front Besonderes zu melden.

## Frankreich und Belgien.

Ein neuer französischer Skandal.  
Die französische Presse deutet mit verdeckten Worten einen neuen Skandal an, der mit der Auffindung von 25 000 Franken Schweizer Banknoten, sowie von bloßstellenden Papieren im Pulve eines Depuтиerten zusammenzuhängen scheint. Nach den Andeutungen der Presse kommen die beiden Oppositionsdeputierten Jean Bon und Turmel in Betracht. Die Einzelheiten sind zumest zensiert. „Figaro“ möchte, daß ein Straf Antrag gestellt werde. „Matin“ berichtet über eine Unterredung mit einem ehemaligen Minister, der erklärt habe, der Fall sei außerordentlich unangenehm, es sei schade, daß der Betreffende Amnestiefrage. (Eine Andeutung auf die Schahbänder Almerenghas.) Einige Aeußerungen erwecken den Anschein, daß Deschanel mit Poincare in der Angelegenheit Rücksprache genommen hat. „Figaro“ meint, es handle sich um ein viel gefährlicheres Manöver, als die früher bekannt gewordenen Skandale.

Der Deputierte Turmel richtete nach einer Pariser Meldung einen Brief an Deschanel und erklärte, die in seinem Pulve aufgefundenen 25 000 Franken Schweizer Banknoten seien Advokatenhonorare. Es werde ihm leicht sein, die gegen ihn erhobenen Verleumdungen des Betrages zu entkräften.

Interpellation in der französischen Kammer.  
„Progres de Lyon“ meldet aus Paris: Der Abgeordnete Dubois wird sofort nach Zusammentritt der Kammer bei der Regierung über die Kriegsführung und die allge-



# England.

## Unterdrückte Friedensversammlungen.

Wie über Bern gemeldet wird, sind kürzlich wieder eine Reihe Friedensversammlungen in den verschiedensten Städten teils durch entlassene Soldaten, teils durch die Polizei unterdrückt worden.

Entlassene Soldaten als Kriegstreiber — ein beschämendes Bild!

## Die Friedensbewegung.

Die vom Internationalen Frauen-Friedensverband zum 8. September nach Manchester einberufene Massenversammlung wurde von der Polizei gleich bei Beginn verboten. Einer Zuschrift an den „Manchester Guardian“ zufolge lautete die der Versammlung vorzuschlagende Entschliessung: Die Versammlung erhebt für das Volk dieses Landes, sowie für die Demokratien aller Nationen, von ihren Regierungen die Einteilung sofortiger Verhandlungen für einen Frieden auf der russischen Grundlage „Keine Annexionen und keine Entschädigungen“ zu verlangen. — Ähnliche Frauenversammlungen fanden kürzlich in Leeds, Cork, Glasgow, Blackburn, Nelson und anderen Städten statt.

## Der Seetrieg.

### Der U-Boot-Krieg.

In der Zeit vom 1. Januar bis 31. August 1917 wurden im Mittelmeer mit den von untern U-Booten vernichteten Dampfern insgesamt nicht weniger als 220 Geschütze zerstört. Nicht eingerechnet sind in dieser Zahl die Geschütze, die sich auf versenkten Kriegsschiffen befanden, sowie solche an Bord von bewaffneten Schiffen, die durch Auslaufen auf Minen untergegangen sind. Unter den Geschützen befanden sich drei zu 12 Zentimeter, je eins zu 11,8 Zentimeter, 10,5 Zentimeter, 9 Zentimeter, 5,7 Zentimeter und 5 Zentimeter, 2 zu 10,2 Zentimeter, 5 zu 10 Zentimeter, 42 zu 7,5 Zentimeter und 169 unbekanntem Kalibers.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Die Hunger- und Friedensdemonstration in Turin.

Das in Stockholm erscheinende Nachrichtenblatt des Zimmerwälder Komitees berichtet aus italienischer Parteiquelle über den gewaltigen Umfang der Turiner Protestbewegung, die über 50 Verwundete forderte und über 2000 Verhaftungen nach sich zog, darunter die aller Gewerkschafts- und Parteiführer. Um die Sache zu verheimlichen, wurde der Verband des „Avanti“ ins Ausland über eine Woche verbannt. Die Kundgebung richtete sich nicht nur gegen den Brotmangel, sondern demonstrierte auch für schleunigen Frieden.

### Das amerikanische Kriegsgesetz angenommen.

Reuter meldet aus Washington: Der Senat hat mit 69 gegen 4 Stimmen das Gesetz für die Kriegsteuer angenommen. Man erhofft davon den Ertrag von 2470 Millionen Dollar.

## Nus Lüden und den Nachbargebieten.

Sonabend, 15. September.

Wiederbeginn der Winterzeit. Die Winterzeit beginnt am 17. d. Mts. Die verbreiteten Gerüchte, wonach die Sommerzeit noch ausgedehnt werden sollte, treffen also nicht zu. Die Uhr ist daher am 17. d. Mts. morgens drei Uhr um eine Stunde zurückzustellen, damit beginnt die Winterzeit. Es kann daher empfohlen werden, die Uhren in den Wohnungen bereits am 16. d. Mts. abends vor dem Schlafengehen um eine Stunde zurückzustellen, dann wird man am nächsten Morgen die Winterzeit haben.

Die Quotanten für die nächsten 8 Wochen vom 23. September bis 17. November 1917 werden ausgegeben a) in der Stadt und den Vorstädten mit Ausnahme der unter b) aufgeführten Stadtteile für die Verbraucher, deren Familienname anfängt mit den Buchstaben A bis F am Dienstag, 18. Septbr., mit den Buchstaben G bis K am Mittwoch, 19. Septbr., mit den Buchstaben L bis R am Donnerstag, 20. Septbr., mit den Buchstaben S bis Z am Freitag, 21. Septbr., von 9—1 Uhr vorm. und 4—8 Uhr nachm., b) in den Stadtteilen Travemünde, Rüdnitz mit Herrenhof und Waldhusen, Schlutup, Dünsenbürg mit Siems, Moising mit Genin und Buntekuh für die Verbraucher, deren Familienname anfängt mit den Buchstaben A bis H am Mittwoch, 19. Septbr., mit den Buchstaben J bis Q am Donnerstag, 20. Septbr., mit den Buchstaben R bis Z am Freitag, 21. Septbr., während der üblichen Geschäftsstunden, c) in den Landgemeinden an den Tagen vom 19. bis 21. Septbr. während der üblichen Geschäftsstunden. — Mit der Ausgabe der Protokolle wird diejenige der Fleischkarten verblichen werden.

6-Uhr-Adenschluss. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit verordnet das Polizeiamt: 1. Alle offenen Verkaufsstellen sind um 6 Uhr, Sonnabends und an den Vorabenden von Festtagen um 7 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr zu schließen; ihr Geschäftsbetrieb darf nicht vor 8 Uhr morgens beginnen. 2. An Sonn- und Festtagen sind die offenen Verkaufsstellen mit Ausnahme derjenigen für Milch und Brot geschlossen zu halten. Für die Verkaufsstellen, in denen Milch und Brot feilgehalten werden, verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe mit der Maßgabe, daß sie um 1 Uhr nachmittags geschlossen werden müssen und daß in ihnen andere Lebensmittel als Milch und Brot an Sonn- und Festtagen nicht verkauft werden dürfen. Diese Verordnung tritt mit dem 17. ds. Mts. in Kraft.

Beleuchtungsbeschränkung. Die Beleuchtung der Bäder und der sonstigen zum Verkauf an das Publikum bestimmten Räume, sowie der Gast-, Speise- und Schenkwirtschaften, Kaffees, Theater, Spielhäuser, Räume, in denen Schaulustigen Zutritt ist, und der öffentlichen Vergnügungsorte aller Art, ist nach einer Anordnung des Polizeiamtes nur noch bis zur Hälfte des bisherigen zugelassenen Maßes gestattet.

Vier Opfer von Pilzvergiftung. Wir berichteten am Donnerstag, daß vier Personen wegen Pilzvergiftung ins hiesige Krankenhaus überführt worden seien. Die Schwere der Verletzungen, die in Schwabtau (nicht in Schlutup, wie es in der Notiz hieß) wohnhaft waren, sind nun leider sämtlich gestorben. Es handelt sich um eine Kriegerfrau, deren Mann im Felde gefallen ist, deren zwei Kinder und Schwester.

Pilzvergiftungen. Ein Jahr früher soll von Pilzvergiftung, der in nächster Nähe Lüdens nicht Menschenleben gefährdet hat, jetzt wieder einmal, wie anlässlich mancher Beute beim Pilzsammeln, sein. Wenn jemand, der keine Pilze kennt, einfach in

# Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 15. Sept. (Amtlich.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In einzelnen Abschnitten der flandrischen Front zeigte sich abends wieder die Kampfstärke der Artillerien. Dem Trommelfeuer am 14. ds. Mts. vormittags folgte bei St. Julien ein englischer Teilangriff, der im Gegenstoß zum Scheitern gebracht wurde. Eine Anzahl Engländer wurde gefangen einbezogen.

## Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Winterberg bei Craonne hielten Stoßtrupps eines badijschen Regiments bei einer Erkundung Gefangene aus den französischen Gräben.

An der Straße Somme-Py-Souain brachen die Franzosen zweimal ohne Feuerbereitschaft gegen unsere Stellung vor. Eingeburgener Feind wurde durch Gegenangriff der Bereitschaften sofort geworfen. Gefangene blieben in unserer Hand.

Auf dem Oker der Maas stürmten nach kurzer Feuerwirkung Teile einer kampfbereitenden badijschen Division die Höhen östlich des Chauxmawaldes. Der Feind leistete zähen Widerstand, der im Nahkampf gebrochen wurde. Ueber 300 Franzosen wurden gefangen. Die blutigen Verluste des Gegners erhöhten sich noch durch ergebnislose Gegenangriffe.

Leutnant von Bülow schoß den 20. Gegner im Luftkampf ab.

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei geringer Gefechtsstärke blieb die Lage überall unverändert.

## Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

schwammes in unserer Gegend mit Sicherheit der Gefahr einer Pilzvergiftung ausgesetzt sein. Rein Mensch geht an einen Knäuel und sammelt dort sämtliche Früchte zur Warmelabe ein, sondern er nimmt selbstverständlich nur die bekannten Früchte. So darf der Pilzsammler nur die Pilze nehmen, die er kennt. Da es nur wenige Giftpilze gibt, die aber zum Teil häufig vorkommen, ist es insbesondere auch nötig, daß Pilzsammler wenigstens den gefährlichen Knollenblätterpilz kennen und ihn sicher von anderen Arten zu unterscheiden wissen. Die regelmäßigen Ausstellungen im Naturhistorischen Museum und die Pilzausstellungen geben in Lübeck eine gute Gelegenheit, eßbare und giftige Pilze unterscheiden zu lernen. Tausende von Pilzsammlern sammeln in unseren Wäldern, die niemals der Gefahr einer Pilzvergiftung ausgesetzt sind, dagegen müssen Leute, die ohne die geringsten Kenntnisse Pilze sammeln, früher oder später einer Vergiftung zum Opfer fallen. Dagegen helfen auch alle die üblichen Regeln nichts. Nur Vorsicht schützt vor Pilzvergiftung. Es sei noch darauf hingewiesen, daß die Pilzausstellung Sonntags von 11—4 und Montags von 11—1 Uhr geöffnet ist, die ebenfalls im Museum befindliche Pilzausstellung Montags von 11—1, Mittwochs von 4—6 und Freitags von 11—12 Uhr.

Verabreichung der Polizeistrafen. Das Polizeiamt verordnet: Deffentliche Theater- oder theaterähnliche Vorstellungen (Varietes und dergleichen), Zirkusvorstellungen, Singspiele, Gefangs- und deklamatorische Vorträge, Schachspielvorführungen, Schaulustigen jeder Art und Tanzaufführungen müssen 10 Uhr abends beendet sein. Die abendlichen Veranstaltungen der vorerwähnten Art dürfen nicht später als sieben Uhr, Sonnabends nicht später als 7 1/2 Uhr beginnen. Das Polizeiamt behält sich vor, in einzelnen besonders begründeten Fällen Ausnahmen zuzulassen. Die Gast-, Speise- und Schankwirtschaften sowie die Kaffees sind im Gebiet der Stadtgemeinde Lübeck spätestens um 11 Uhr, im Landgebiet spätestens um 10 Uhr abends zu schließen. Das Gleiche gilt von Vereins- und Gesellschaftsräumen, in denen Speisen und Getränke verabreicht werden. Die für einzelne Betriebe bestehenden weitergehenden Beschränkungen bleiben unberührt. Diese Verordnung tritt mit dem 17. September 1917 in Kraft.

An Staatsrenten und Abgaben gingen im Monat August beim hiesigen Steueramt ein: Einkommensteuer 1 500 574,02 Mk., Gewerbesteuer 4 237,20 Mk., Wertzuwachssteuer 20 879,— Mk., Grundsteuer 29 491,08 Mk., Eisenbahnsteuer 540,69 Mk., Erbschaftsteuer einchl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer 38 192,44 Mk., Zulagerungsabgabe 24 966,83 Mk., Stempelabgabe 6 224,30 Mk., zusammen 1 625 126,06 Mk. gegen 1 983 951,48 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 241 174,58 Mk. mehr. Vom 1. April bis Ende August gingen insgesamt 4 327 193,98 Mk. ein gegen 5 544 178,65 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin 783 020,30 Mk. mehr.

Neue 20-Mark-Scheine. Es wird darauf hingewiesen, daß am Dienstag die bereits früher angekündigte Ausgabe neuer Reichsbanknoten zu 20 Mk. begonnen hat. Die neuen Reichsbanknoten sind mit dem Papiermaß 9 Zentimeter hoch und 14 Zentimeter breit. Das Papier ist auf dem linken Rand der Vorderseite mit einem braunen Faserstreifen versehen und enthält auf der ganzen Fläche ein natürliches Wasserzeichen, in dem die Zahl 20 und das jetzt noch bestehende Wort „Mark“, je für sich in leuchtendsten Schreien abwechselnd, sich wiederholen. Das eigentliche Druckbild ist auf beiden Seiten der Note 8 Zentimeter hoch und 13 Zentimeter breit und allseitig von einem halben Zentimeter breiten Papierband umgeben. Beide Seiten der Note sind in Ruffdruck von tieferer Farbe als Hauptdruck so ausgeführt, daß auf jeder Seite für sich durch einen reißendenfarbigen Unterdruck eine besondere Fönung hervorgerufen ist. Die Vorderseite wird von vier Rechtecken gebildet, die von einer dunklen Umrandung eingefasst sind. Die beiden hochstehenden Seitenfelder begrenzen rechts und links zwei magerechte, den mittleren Hauptteil der Note ausfüllende Felder. Das obere zeigt zu beiden Seiten eines kreisrunden Mittelbildes je eine kniende Männergestalt, die aus einem Hühorn Rängen schüttet. Das runde Mittelbild wird von einem in jarten Farbönen gehaltenen Reichsadler ausgefüllt, von dem sich die Zahl 20 kräftig abhebt. Das untere Mittelbild enthält in kräftiger Schrift den Text. Die Rückseite zeigt in zwei hochstehenden abwechselnden Feldern links das Brustbild eines kräftigen Mannes als Sinnbild der Arbeit und des tätigen Tages, rechts das Brustbild einer weiblichen Gestalt als Sinnbild der Ruhe und der Nacht. Die Felder sind von hellen, mit grünlichem Einseitwert gefüllten Leisten eingefasst. Ebenfalls Leisten zerlegen mehrfach auch die übrige Fläche des Druckbildes und schreiten zwischen sich dunklere Felder mit verschiedenem Stufenwert in bläulicher Färbung ein. Der Entwurf der Banknote rührt von Professor Arthur Kampf her, der Kupferstich des feinsten Teils ist von Professor Hans Wegner ausgeführt.

Beschlagnahme von Kubbäumen und Mahagoniholz. Mit dem 15. September 1917 ist eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Kubbäumen und Mahagoniholz in Kraft getreten. Diese Bekanntmachung bildet einen Nachtrag zu der Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Kubbäumen und Mahagoniholz, vom 15. Januar 1916, von der sie sich insofern unterscheidet, als nunmehr die Beschlagnahme von Mahagoniholz in die Beschlagnahme von Kubbäumen einbezogen ist.

10 Zentimeter sowie Kubbäumeblöcke, aus denen die vorerwähnten Kubbäumehölzer gefertigt werden können, sowie Mahagonihölzer in den gleichen Abmessungen und Mahagonihölzer, aus denen solches Mahagonihölz gefertigt werden kann, einer Beschlagnahme und Meldepflicht unterworfen werden. Die frühere Bekanntmachung bleibt hinsichtlich der stehenden Mahagonihölzer in Kraft. Trotz der Beschlagnahme ist die Lieferung und Verarbeitug der von ihr betroffenen Gegenstände zur Herstellung von Luftschrauben zwecks Erfüllung von Aufträgen der Seeresverwaltung gegen vorgelegte Belegschreiben gestattet. Ferner können Beschlagnahmte Gegenstände durch die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums freigegeben werden, sofern auf Grund eines vorgelegten Gutachtens feststeht, daß die betreffenden Hölzer zur Anfertigung von Geschützen oder zum Gebrauch von Luftschrauben und Flugzeugen ungeeignet sind. Von der Meldepflicht werden ländliche Besitz- und Gartenbesitzer nur befreit, sofern sie beschlagnahmte Gegenstände aus Anlaß ihres Handels- oder Gewerbetriebs im Gewahrsam haben. Außerdem schreibt die Bekanntmachung eine Lagerbuchführung vor. Alle Einzelheiten ergeben sich aus dem Wortlaut der Bekanntmachung, deren Veröffentlichung in der üblichen Weise durch Anschlag und Abdruck in den amtlichen Tageszeitungen erfolgt. Der Wortlaut der Bekanntmachung kann ferner bei den Landratsämtern, Bürgermeister-Ämtern und Polizei-Behörden eingesehen werden.

Der Arbeiter oder Arbeit sucht, wende sich an die zuständige Hilfsdienststelle. Die Kriegsamtsstelle Altona schreibt uns: Die Kriegsamtsstelle Altona macht gegenüber den wiederholten Anfragen, die bei ihr wegen Vermittlung von offenen Stellen oder Arbeitsstellen gestellt werden, darauf aufmerksam, daß die Kriegsamtsstelle Altona einzelne Stellen nicht vermittelt. Die Vermittlung der offenen Stellen und Arbeitsstellen wird durch die Arbeitsnachweise ausgeführt, welche im ganzen Körperbezirk bestehen. In jedem Ort, welcher mehr als 2000 Einwohner hat, sind außerdem Hilfsdienststellen eingerichtet. Jeder, der Arbeit oder Arbeiter sucht, kann sich daher an diese Hilfsdienststellen wenden, ohne daß er weitere Erkundigungen über andere Arbeitsnachweise einzuziehen braucht. Die Hilfsdienststellen leisten die Bewerben an die richtigen Stellen. Es wird dabei darauf aufmerksam gemacht, daß auch für die Vermittlung von weiblichen Arbeitskräften an allen Orten über 2000 Einwohner Meldestellen eingerichtet sind, bei welchen sich die Arbeitsuchenden melden können. Gerade diese Vermittlungsstellen von Frauen werden noch viel zu wenig in Anspruch genommen. Die Hilfsdienststellen und Frauenmeldestellen sind bei den Polizeibehörden zu erfragen. Zwangsweise Zuweisungen auf Grund des Hilfsdienstgesetzes erfolgen nur auf Grund der Meldungen bei den Hilfsdienststellen, welche die Meldungen, bei welchen Zuweisungen beabsichtigt erscheinen, jeweils der Zuweisung durch die Zentralauskunftsstellen an die Kriegsamtsstelle ohne weiteres weiterleiten. Unmittelbare Anträge bei der Kriegsamtsstelle Altona sind zwecklos, da die Kriegsamtsstelle diese Anträge zunächst an die zuständige Hilfsdienststelle übersendet. Für die Unterbringung von Kriegsbeschädigten werden vom Kriegsministerium Anstellungen nachrichtlich herausgegeben, welche täglich erscheinen und die am vorhergehenden Tage eingegangenen Stellenangebote und Stellengehabe bringen. Stellenausschreibungen für Kriegsbeschädigte und ebenso auch Stellengehabe dieser Personen werden jederzeit kostenfrei ausgenommen, wenn sie zu diesem Zweck der Fürsorgabteilung des Kriegsministeriums, Berlin W9, Belfeuertstraße 18a, zugehen.

40 Gramm Butter und 40 Gramm Margarine werden in der kommenden Woche pro Person verabfolgt.

Stadthallen-Sommertheater. Am Dienstag findet als Schluß der Sommerpielzeit ein Ehrenabend zugunsten des gesamten künstlerischen und technischen Personals des Stadthallen-Sommertheaters statt. Als Gast ist für diesen Abend Hr. Ulli Feiner, die bestbekannteste Soubrette Hamburgs, gewonnen worden. Hr. Feiner wird in einer ihrer besten Partien, als Marie in „Soldat der Marie“ gastieren.

Hansa-Theater. Sonntag abend geht zum ersten Male die große Schlager-Operette „Die tolle Komie“ in Szene und bleibt vorläufig auf dem Spielplan. In Berlin fand vor kurzer Zeit die 250. Aufführung statt. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Rauchen in den Zuschauerräumen des Theaters verboten ist. Anfang der Vorstellung am Sonntag, dem 16., abends 8 Uhr; ab Montag 7 Uhr, Sonnabends 7 1/2 Uhr.

## Neuere Nachrichten.

Berlin, 14. September. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurde wiederum eine größere Anzahl Handelschiffe und einige Fischerfahrzeuge mit insgesamt 22 000 Bunkertonnen durch die Tätigkeit unserer U-Boote vernichtet, darunter der belgische bewaffnete Dampfer „Eliabethwill“ (7017 Tonnen) mit Del in Fässern vom Kongo nach Galmouth, ein französischer Segler mit Kohlen nach Nantes, ein Dampfer mit Erdöl aus Dakar nach Dänischen, ein unbekannter beladener in Sicherung fahrender Dampfer, ferner der belgische Fischkutter „Jeanot“ und die englischen Fischkutter „Anin“ und „Roan“.

Von einem der U-Boote wurde am 5. September im Nachtangriff in der Nähe der englischen Küste ein Kriegsfahrzeug vom Aussehen des Torpedo-Kanonbootes „Halcyon“ torpediert. Detonation an Bord wurde einwandfrei beobachtet.

Ein anderes U-Boot erzielte am 9. September im Nemeleskanal einen Torpedotreffer auf einen kleinen Kreuzer der „Arabic“-Klasse. Durch eine unmittelbare auf den Treffer folgende Munitionsexplosion wurde das Kreuzerschiff des Kreuzers bis hinter den Großmast vollständig abgerissen.

Sinken der beiden Schiffe konnte von dem betreffenden U-Boote nicht beobachtet werden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Haag, 14. September. Der im Haag erscheinende „Socialistische Belgje“ teilt mit, daß gegenwärtig in der Woche etwa 5000 belgische Arbeiter nach Deutschland gehen, da sie es vorziehen, in Deutschland zu arbeiten, als in Belgien Hungers zu sterben. Der „Socialistische Belgje“ macht für die völlig ungenügende Ernährung in Belgien, namentlich der belgischen Arbeiterklasse, die Fahrlässigkeit und Unachtsamkeit der belgischen Regierung in Haare verantwortlich und ebenso den Handelsien Handel der belgischen Arbeiter, die ungeheure Gewinne erzielen.

Stockholm, 14. September. Das holländisch-schwedische Komitee bereitet einen Fragebogen vor, der allen sozialistischen Organisationen zugehen und bis zum 1. November beantwortet werden soll. Man glaubt jetzt, daß die Stockholmer Konferenz bis zum 15. November einberufen werden wird. Das Zustandekommen der Konferenz gilt als unbedingt sicher.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Kaufmann, an den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stallin. Verleger: H. G. Schmidt, Lübeck, Bismarckstraße 10.



# Siebente Kriegsanleihe

## 5% Deutsche Reichsanleihe.

### 4 1/2% Deutsche Reichsschatzanweisungen, auslosbar mit 110% bis 120%.

Zur Bestreitung der durch den Krieg erwachsenen Ausgaben werden weitere 5% Schuldverschreibungen des Reichs und 4 1/2% Reichsschatzanweisungen hiermit zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

Das Reich darf die Schuldverschreibungen frühestens zum 1. Oktober 1924 kündigen und kann daher auch ihren Zinsfuß vorher nicht herabsetzen. Sollte das Reich nach diesem Zeitpunkt eine Ermäßigung des Zinsfußes beabsichtigen, so muß es die Schuldverschreibungen kündigen und den Inhabern die Rückzahlung zum vollen Nennwert anbieten. Das gleiche gilt auch hinsichtlich der früheren Anleihen. Die Inhaber können über die Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen wie über jedes andere Wertpapier jederzeit (durch Verkauf, Verpfändung usw.) verfügen.

Die Bestimmungen über die Schuldverschreibungen finden auf die Schuldbuchforderungen entsprechende Anwendung.

## Bedingungen.

### 1. Urtahmestellen.

Zeichnungsstelle ist die Reichsbank. Zeichnungen werden

von **Mittwoch, den 19. September, bis Donnerstag, den 18. Oktober 1917** mittags 1 Uhr

bei dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin (Postfachkonto Berlin Nr. 99) und bei allen Zweiganstalten der Reichsbank mit Kassen-einrichtung entgegengenommen. Die Zeichnungen können auch durch Vermittlung der königlichen Seehandlung (Preussischen Staatsbank), der Preussischen Central-Genossenschaftskasse in Berlin, der königlichen Hauptbank in Nürnberg und ihrer Zweiganstalten sowie sämtlicher Banken, Banquiers und ihrer Filialen, sämtlicher öffentlichen Sparkassen und ihrer Verbände, jeder Lebensversicherungsgesellschaft, jeder Kreditgenossenschaft und jeder Postanstalt erfolgen. Wegen der Postzeichnungen siehe Ziffer 7.

Zeichnungsscheine sind bei allen vorgenannten Stellen zu haben. Die Zeichnungen können aber auch ohne Verwendung von Zeichnungsscheinen brieflich erfolgen.

### 2. Einteilung. Zinslauf.

Die Schuldverschreibungen sind in Stücken zu 20 000, 10 000, 5000, 2000, 500, 200 und 100 Mark mit Zinscheinen zahlbar am 1. April und 1. Oktober jedes Jahres ausgereift. Der Zinslauf beginnt am 1. April 1918, der erste Zinschein ist am 1. Oktober 1918 fällig.

Die Schatzanweisungen sind in Gruppen eingeteilt und in Stücken zu 20 000, 10 000, 5000, 2000, 1000 Mark mit Zinscheinen zahlbar am 2. Januar und 1. Juli jedes Jahres ausgereift. Der Zinslauf beginnt am 1. Januar 1918, der erste Zinschein ist am 1. Juli 1918 fällig. Welcher Gruppe die einzelne Schatzanweisung angehört, ist aus ihrem Text ersichtlich.

### 3. Einlösung der Schatzanweisungen

Die Schatzanweisungen werden zur Einlösung in Gruppen im Januar und Juli jedes Jahres, erstmals im Juli 1918, ausgelöst und an dem auf die Auslosung folgenden 2. Januar oder 1. Juli mit 110 Mark für je 100 Mark Nennwert zurückgezahlt. Die Auslosung geschieht nach dem gleichen Plan und gleichzeitig mit den Schatzanweisungen der letzten Kriegsanleihe. Die nach diesem Plan auf die Auslosung im Januar 1918 entfallende Zahl von Gruppen der neuen Schatzanweisungen wird jedoch erst im Juli 1918 mit ausgelöst.

Die nicht ausgelosten Schatzanweisungen sind seitens des Reichs bis zum 1. Juli 1927 auslosbar. Frühestens auf diesen Zeitpunkt ist das Reich berechtigt, sie zur Rückzahlung zum Nennwert zu kündigen, jedoch dürfen die Inhaber abdamd fünf der Barzahlung 4%ige, bei der ferneren Auslosung mit 115 Mark für je 100 Mark Nennwert rückzahlbare, im übrigen den gleichen Tilgungsbedingungen unterliegende Schatzanweisungen fordern. Frühestens 10 Jahre nach der ersten Kündigung ist das Reich wieder berechtigt, die dann noch ausstehenden Schatzanweisungen zur Rückzahlung zum Nennwert zu kündigen, jedoch dürfen die Inhaber fünf der Barzahlung 3 1/2%ige mit 120 Mark für je 100 Mark Nennwert rückzahlbare, im übrigen den gleichen Tilgungsbedingungen unterliegende Schatzanweisungen fordern. Eine weitere Kündigung ist nicht

zulässig. Die Kündigungen müssen spätestens sechs Monate vor der Rückzahlung und dürfen nur auf einen Zinstermin erfolgen.

Für die Verzinsung der Schatzanweisungen und ihre Tilgung durch Auslosung werden — von der verstärkten Auslosung im ersten Auslosungstermin (vergl. Abs. 1) abgesehen — jährlich 5% vom Nennwert ihres ursprünglichen Betrages aufgewendet. Die erparten Zinsen von den ausgelosten Schatzanweisungen werden zur Einlösung mitverwendet. Die auf Grund der Kündigungen vom Reich zum Nennwert zurückgezählten Schatzanweisungen nehmen für Rechnung des Reichs weiterhin an der Verzinsung und Auslosung teil.

Am 1. Juli 1917 werden die bis dahin etwa nicht ausgelosten Schatzanweisungen mit dem alsdann für die Rückzahlung der ausgelosten Schatzanweisungen maßgebenden Betrage (110%, 115% oder 120%) zurückgezahlt.

### 4. Zeichnungspreis.

Der Zeichnungspreis beträgt:  
für die 5% Reichsanleihe, wenn Stücke verlangt werden . . . . . 98,— M.,  
„ 5% Reichsanleihe, wenn Eintragung in das Reichsschuldbuch mit Sperre bis zum 15. Oktober 1918 beantragt wird 97,80 M.,  
„ 4 1/2% Reichsschatzanweisungen . . . 98,— M.,  
für je 100 Mark Nennwert unter Verrechnung der üblichen Stückzinsen.

### 5. Zuteilung. Stückelung.

Die Zuteilung findet unmittelbar nach dem Zeichnungsschluss statt. Die bis zur Zuteilung schon bezahlten Beträge gelten als voll zugewiesen. Im übrigen entscheidet die Zeichnungsstelle über die Höhe der Zuteilung. Besondere Wünsche wegen der Stückelung sind in dem dafür vorgesehenen Raum auf der Vorderseite des Zeichnungsscheines anzugeben. Werden derartige Wünsche nicht zum Ausdruck gebracht, so wird die Stückelung von den Vermittlungsstellen nach ihrem Ermessen vorgenommen. Späteren Anträgen auf Abänderung der Stückelung kann nicht stattgegeben werden.\*

Bei allen Schatzanweisungen sowohl wie zu den Stücken der Reichsanleihe von 1000 Mark und mehr werden auf Antrag vom Reichsbank-Direktorium ausgestellte Zwischenscheine ausgegeben, über deren Umtausch in endgültige Stücke das Erforderliche später öffentlich bekanntgemacht wird. Die Stücke unter 1000 Mark, zu denen Zwischenscheine nicht vorgefertigt sind, werden mit möglicher Beschleunigung fertiggestellt und vornehmlich im April u. J. ausgegeben werden.

Zeichner von Stücken der 5% Reichsanleihe unter 1000 ihre bereits bezahlten, aber noch nicht gelieferten kleinen Stücke bei einer Darlehenskasse des Reichs zu belassen, so können sie die Kasseführung besonderer Zwischenscheine zwecks Verpfändung bei der Darlehenskasse beantragen; die Anträge sind an die Stelle zu richten, bei der die Zeichnung erfolgt ist. Diese Zwischenscheine werden nicht an die Zeichner und Vermittlungsstellen ausgehändigt, sondern von der Reichsbank unmittelbar bei Darlehenskassen übergeben.

### 6. Einzahlungen.

Die Zeichner können die geschuldeten Beträge vom 29. September d. J. an voll bezahlen. Die Verzinsung etwa schon vor diesem Tage bezahlter Beträge erfolgt gleichfalls erst vom 29. September ab.

Die Zeichner sind verpflichtet:  
30% des zugewiesenen Betrages spätestens am 27. Oktober d. J.,  
20% . . . . . 24. Novbr. . . . .  
25% . . . . . 9. Januar u. J.,  
25% . . . . . 6. Februar . . . . .  
zu bezahlen. Frühere Teilzahlungen sind zulässig, jedoch nur in runden durch 100 teilbaren Beträgen des Nennwertes. Auch auf

die kleinen Zeichnungen sind Teilzahlungen jederzeit, indes nur in runden durch 100 teilbaren Beträgen des Nennwertes gestattet; doch braucht die Zahlung erst geleistet zu werden, wenn die Summe der fällig gewordenen Teilbeträge wenigstens 100 Mark ergibt.

Die Zahlung hat bei derselben Stelle zu erfolgen, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.

Die im Laufe befindlichen unverzinslichen Schatzscheine des Reichs werden — unter Abzug von 5% Diskont vom Zahlungstage, frühestens aber vom 29. September ab, bis zum Tage ihrer Fälligkeit — in Zahlung genommen.

### 7. Postzeichnungen.

Die Postanstalten nehmen nur Zeichnungen auf die 5% Reichsanleihe entgegen. Auf diese Zeichnungen kann die Vollzahlung am 29. September, sie muß aber spätestens am 27. Oktober geleistet werden. Auf bis zum 29. September geleistete Vollzahlungen werden Zinsen für 181 Tage, auf alle anderen Vollzahlungen bis zum 27. Oktober, auch wenn sie vor diesem Tage geleistet werden, Zinsen für 153 Tage vergütet.

### 8. Umtausch.

Den Zeichnern neuer 4 1/2% Schatzanweisungen ist es gestattet, daneben Schuldverschreibungen der früheren Kriegsanleihen und Schatzanweisungen der I., II., IV. und V. Kriegsanleihe in neue 4 1/2% Schatzanweisungen umzutauschen, jedoch kann jeder Zeichner höchstens doppelt so viel alte Anleihen (nach dem Nennwert) zum Umtausch anmelden, wie er neue Schatzanweisungen gezeichnet hat. Die Umtauschanträge sind innerhalb der Zeichnungsfrist bei derjenigen Zeichnungs- oder Vermittlungsstelle, bei der die Schatzanweisungen gezeichnet worden sind, zu stellen. Die alten Stücke sind bis zum 15. Dezember 1917 bei der genannten Stelle einzureichen. Die Einreicher der Umtauschstücke erhalten auf Antrag zunächst Zwischenscheine zu den neuen Schatzanweisungen.

Die 5% Schuldverschreibungen aller vorangegangenen Kriegsanleihen werden ohne Aufgeld gegen die neuen Schatzanweisungen umgetauscht. Die Einlieferer von 5% Schatzanweisungen der ersten Kriegsanleihe erhalten eine Vergütung von M. 2,—, die Einlieferer von 5% Schatzanweisungen der zweiten Kriegsanleihe eine Vergütung von M. 1,50 für je 100 Mark Nennwert. Die Einlieferer von 4 1/2% Schatzanweisungen der vierten und fünften Kriegsanleihe haben M. 3,— für je 100 Mark Nennwert zuzuzahlen.

Die mit Januar/Juli-Zinsen ausgestatteten Stücke sind mit Zinscheinen, die am 1. Juli 1918 fällig sind, die mit April/Oktobers-Zinsen ausgestatteten Stücke mit Zinscheinen, die am 1. April 1918 fällig sind, einzureichen. Der Umtausch erfolgt mit Wirkung vom 1. Januar 1918, so daß die Einlieferer von April/Oktobers-Stücken auf ihre alten Anleihen Stückzinsen für 1/4 Jahr vergütet erhalten.

Sollen Schuldbuchforderungen zum Umtausch verwendet werden, so ist zuvor ein Antrag auf Ausreichung von Schuldverschreibungen an die Reichsschuldenverwaltung (Berlin SW 68, Oranienstr. 92-94) zu richten. Der Antrag muß einen auf den Umtausch hinweisenden Vermerk enthalten und spätestens bis zum 24. Oktober d. J. bei der Reichsschuldenverwaltung eingehen. Daraufhin werden Schuldverschreibungen, die nur für den Umtausch in Reichsschatzanweisungen geeignet sind, ohne Zinscheinebogen ausgereicht. Für die Ausreichung werden Gebühren nicht erhoben. Eine Zeichnungssperre steht dem Umtausch nicht entgegen. Die Schuldverschreibungen sind bis zum 15. Dezember 1917 bei den in Absatz 1 genannten Zeichnungs- oder Vermittlungsstellen einzureichen.

\*Die zugewiesenen Stücke sämtlicher Kriegsanleihen werden auf Antrag der Zeichner von dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin nach Maßgabe seiner für die Niederlegung geltenden Bedingungen bis zum 1. Oktober 1919 vollständig kostenfrei empfangen und verwahrt. Eine Sperre wird durch diese Niederlegung nicht bedingt; der Zeichner kann sein Depot jederzeit — auch vor Ablauf dieser Frist — zurückfordern. Die von dem Kontor für Wertpapiere ausgefertigten Depotscheine werden von den Darlehenskassen wie die Wertpapiere selbst belassen.



An unsere Leser!

Die andauernde weitere Steigerung der Preise aller für die Herstellung von Zeitungen benötigten Materialen, als Papier, Farben, Metalle, Zette, sowie die Erhöhung aller Betriebskosten nötigen die Verlage aller Lübecker Tageszeitungen in gleicher Weise wie fast alle deutschen Zeitungen zum 1. Oktober eine Erhöhung der bisherigen Bezugspreise eintreten zu lassen.

Der Bezugspreis des „Lübecker Volksboten“ beträgt vom 1. Oktober 1917 ab

monatlich 1,00 Mark frei ins Haus  
vierteljährlich 3,00 " " "

Wir hoffen, daß die Bezahler unseres Blattes diese durch die Kriegsverhältnisse gebotene Erhöhung des Bezugspreises als gerechtfertigt anerkennen und auch weiterhin Leser des „Lübecker Volksboten“ bleiben werden.

Verlag und Schriftleitung des „Lübecker Volksboten“.

Der Argonauten des Friedens glückliche  
Ausfahrt und fröhliche Heimkehr.

Die vier russischen Delegierten Kojanoff, Smirnow, Ehrlich und Goldenberg, die in die Ententeländer entsandt waren, um deren Vertretung auf der Stockholmer Konferenz zu erwirken, sind jetzt bekanntlich wieder in Stockholm und haben dort dem holländisch-standinawischen Komitee Bericht darüber gegeben, was sie als Argonauten des Friedens in London, Paris und Rom erlebt haben. Wir entnehmen ihrer Berichterstattung das folgende:

Nachdem die Delegierten gemeinsam mit dem holländisch-standinawischen Komitee den Aufruf vom 11. Juli nebst Einladung zur Friedenskonferenz erlassen hatten, reisten die Russen — die Vertreter sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte sind — nach London. Sie verhandelten dort zugleich mit der Labour Party, der Independent Labour Party und der British-Socialist Party und fanden einstimmige Bereitwilligkeit, nach Stockholm zu kommen. Dann erhielten sie eine telegraphische Anfrage aus Paris, ob sie zusammen mit englischen Delegierten nach Frankreich kommen möchten. Auch dort fanden sie beim Vorstand der französischen Sozialdemokratie volle Zustimmung zum Programm für Stockholm. Während die Engländer der Auffassung waren, daß die Friedenskonferenz nur beratend und nicht beschlussfassend sein sollte, zogen die Franzosen gerade das Letztere vor, weil es ihrer Ansicht nach darauf ankomme, die deutsche Sozialdemokratie zum Kampf gegen ihre angeblich imperialistische Regierung zu verpflichten. Dagegen wünschten die Russen, daß die Frage der Schuld am Ausbruch des Weltkrieges als erster Punkt auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werde. Darauf hatten die Engländer kein Gewicht gelegt. Als die russische Delegation erklärte, daß die Schuldfrage selbstverständlich unter Punkt 1 der vorgelegten Tagesordnung: „Der Weltkrieg und die Internationale“ erörtert werden könnte, wurde auch hierüber vollständige Einigkeit erreicht. Auch die französischen Gewerkschaften gaben begeisterte Zustimmung zu Stockholm. Bevor die Russen in Rom anlangten, war ihnen gesagt worden, daß die italienische Sozialdemokratie, die an Zimmerwald angeschlossen ist, sich gegen Stockholm nicht verhalte. Tatsächlich war das aber nicht der Fall. Der Anschluß der Italiener war ebenso begeistert wie der der Engländer und Franzosen. Auch mit den italienischen Reformsozialisten, die den Krieg billigten

und unterstützen, führten die Russen Verhandlungen. Die Reformsozialisten standen schon vor dem Krieg außerhalb der alten Internationale, und es war daher zweifelhaft, ob sie in Stockholm Zutritt erlangen würden. Sie selber aber hatten gegen eine Beteiligung nichts einzuwenden.

Gestaltete sich somit die Ausreise der Russen zu einem Siegeszug für die Stockholmer Konferenz und die Einladung vom 11. Juli, so bot sich ihnen auf der Rückreise ein vollkommen anderes Bild.

In Paris hielten zwar Partei und Gewerkschaften an ihrem früheren Beschluß für Stockholm fest — in der Parteiorganisation galt dies für Mehrheit und Minderheit. Aber von der Kammerfraktion forderten rund 30 Abgeordnete, ein Drittel der Gruppe, daß die Schuldfrage erster Punkt der Tagesordnung sein müsse. Dann kamen die Passverweigerungen. Erst in Italien, dann in Frankreich und schließlich auch in England. Die Haltung der Regierungen blieb nicht ohne Wirkung auf die Stimmung in den sozialistischen Kreisen. Man erhob bestimmten Protest gegen die Passverweigerung, aber viele Sozialdemokraten hielten es doch für bedenklich, nur deswegen in Opposition gegen ihre Regierungen zu treten. Man fürchtete, daß dies die Ententeländer zu sehr schwächen und den deutschen Imperialismus stärken könnte. Gleichwohl ist in der Arbeiterwelt Frankreichs die Friedensstimmung außerordentlich stark. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind auch recht ungünstig. Die Gewerkschaften bleiben bei ihrer Zustimmung zu Stockholm und wünschen die Aufhebung des Burgfriedens, falls die Regierung bei der Passverweigerung beharrt.

In England setzte nach dem Beschluß vom 10. August, in dem die Arbeiterpartei mit mehr als dreiviertel Mehrheit sich für Stockholm entschied, in der kapitalistischen, namentlich in der eigentlichen und sehr verbreiteten Chauvinistenpresse ein „ungeheurer Lügenfeldzug gegen Stockholm“ ein. Und dieser wurde von Lloyd George unterstützt! Die Erbitterung gegen Lloyd George war deshalb auch bei den Liberalen sehr groß, und die Führer der englischen Arbeiter wünschten ihn zu kürzen. Es erwies sich ja auch bald, daß nicht Henderson, sondern Lloyd George illegal gewesen war und Nachrichten aus Rußland mißbraucht hatte. Die englischen Arbeiter hatten die Rede Lloyd Georges gegen Stockholm gelesen, aber nicht die Aufhebung des Mißbrauchs, den er mit Kerenskijs Namen getrieben hatte. Die englischen Arbeiter haben eben keine Tagespresse!

Auf der inter-alliierten Sozialisten-Konferenz in London am 28. und 29. August war eine große Mehrheit für Stockholm. Nur ein Vertreter der Sozialdemokratie Griechenlands und die Belgier waren dagegen, die letzteren jedoch im Gegensatz zu einer immer stärker anwachsenden Stimmung in Belgien selbst. Inzwischen wurde der Wunsch nach einem gemeinsamen Friedensprogramm der Sozialdemokratie der Ententeländer hineingeworfen, über das eine Einigung unmöglich zu erzielen war. Der Standpunkt der Italiener und Russen war weit entfernt von dem der französischen Mehrheit und den Belgiern. Die Konferenz war übrigens sehr schlecht vorbereitet und wurde schlecht geleitet; auch war die Zeit allzu knapp bemessen. Am zweiten Tag um 3 Uhr verließen die englischen Gewerkschaftler die Konferenz, um an den Vorbereitungen für den Gewerkschaftskongress in Bradford teilzunehmen. Die Russen beantragten einen dritten Verhandlungstag, aber vergebens. Die Konferenz schloß ohne ein positives Ergebnis. Das wirkte auch auf die Entscheidung von Bradford ein, die sich gegen Stockholm wandte.

Soweit der Bericht der Friedensreisenden der Sowjets. In Stockholm haben sie nun mit dem holländisch-standinawischen Komitee darüber beraten, welche weiteren Schritte zugunsten von Stockholm getan werden könnten. Zu welchem Beschluß sie gelangt sind, ist im Augenblick noch nicht bekannt. Für eine günstige Beurteilung der Aussichten von Stockholm liegt hiernach leider wenig Veranlassung vor.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Keine Schutzwände gegen Indiskretionen.

Die gestern wiedergegebene Mitteilung über angebliche Schutzmaßnahmen im Reichstag gegen Indiskretionen aus dem Hauptauschuß erweist sich als boshafte Erfindung. Geheimrat Jungheim, der Direktor des Reichstagsbureaus, erklärte darüber, die Behauptung, die Umbauten erfolgten, um gegen die Presse zu wirken, sei falsch. Es habe sich das Bedürfnis herausgestellt, daß in der Nähe des Saales 12 ein Raum geschaffen werde, in welchem die Vertreter der Presse Gelegenheit haben, mit den Abgeordneten verhandeln zu können. Ein solcher Raum fehle jetzt, und die Herren, die mit den Abgeordneten sprechen wollen, müßten sich vor dem Sitzungszimmer auf dem Korridor aufhalten, auf dem auch sonst viel Verkehr herrsche. Auch würden nicht die Türen des Sitzungssaales mit Werg verstopft, um die Verhandlungen gegen Forscher zu sichern, sondern es müßten neben den Türen Telephonzellen angebaut werden, die jetzt fehlen. Die Umbauten würden also nicht gegen die Presse, sondern im Interesse der Pressevertreter vorgenommen.

Die kommunalpolitischen Wirrnisse Groß-Berlins.

Die Groß-Berliner Gemeinden sind bei ihrer politischen Zerrissenheit den wirtschaftlichen Anforderungen der Zeit nicht gewachsen. Die größten Unzulänglichkeiten haben sich während der Kriegszeit herausgestellt. Diese Mängel haben nun den Oberbürgermeister von Schönberg zu einer Flucht in die Öffentlichkeit veranlaßt. Er hatte am Mittwochabend eine Reihe bekannter Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Bevölkerung Groß-Berlins zu sich nach dem Stadterordnetenrat des Schöneberger Rathauses geladen. Etwa 200 Personen waren der Einladung gefolgt. Oberbürgermeisters Dominicus wies in seinem einleitenden Referat über die Groß-Berliner Frage auf die dringende Notwendigkeit hin, Schritte zur Vereinheitlichung der Berliner Gemeinden zu tun. Wo man auch hinsieht, überall hätten sich, sagte er, nicht zuletzt unter den Einwirkungen des Krieges, auf kommunalpolitischem Gebiete in Groß-Berlin unhaltbare Zustände durch das Neben- und Gegeneinandergerieren der einzelnen Berliner Gemeinden herausgebildet. In steuerlicher, in schulpolitischer, in wirtschaftlicher oder sozialer Hinsicht, überall träten Mängel hervor. Daher müßte endlich eine neue Organisationsform durch die Bildung einer Gesamtgemeinde Groß-Berlin geschaffen werden, die alle Gemeinheitsinteressen vor ihr Forum zu bringen habe, während alle Angelegenheiten rein lokaler Natur in dezentralisierten Einzelbezirken behandelt werden könnten. Der Staat und die einzelnen Gemeindebehörden hätten in dieser Frage bisher nichts ausgerichtet, daher müsse das Bürgertum selbst aufstehen und seine Rechte geltend machen. Er schlage die Bildung eines Bürgerausschusses vor, der sich gewissermaßen als ein Organ betrachten solle, laufend zu allen Gemeinheitsfragen Stellung zu nehmen, und der einen besonderen Arbeitsauschuß mit der Aufstellung von Vorschlägen für die Vereinheitlichung Groß-Berlins einsehen solle.

Am das Referat schloß sich eine überaus lebhaft ausgeführte Diskussion an. Von allen Rednern ohne Ausnahme wurde dem Oberbürgermeister Dominicus im Prinzip zugestimmt. Von mehreren Herren wurden zahlreiche drastische Fälle der gegenwärtigen kommunalen Verwaltungspraxis vorgebracht. Schließlich stimmte man gegen eine einzelne Stimme den Vorschlägen des Oberbürgermeisters Dominicus zu und setzte auch gleich einen Arbeitsauschuß ein.

Eine neue Prophezeiung des baldigen U-Boot-Friedens.

Unter dem Titel „Baldiger U-Boot-Friede“ hat der Oberingenieur der Vulkanwerke, Wilhelm Möller, bei der Mitteldeutschen Verlagsanstalt Dresden eine Broschüre herausgegeben, in der sich der Verfasser zur Aufgabe macht, an der Hand statistischen Zahlenmaterials den Stand der englischen Handelstonnage, wie er vor dem Kriege war, wie er

Treue siegt.

Eine Geschichte von der See.  
Von Edmund Hofer.

28. Fortsetzung.  
„Wann er in Haft ist?“ fragte Kruse in einem nicht näher zu bezeichnenden Tone.

„Es wird an Anfeindungen nicht fehlen. Es ist ein Glück, daß Deltis ihn so gut kennt, wie wir, und sich nicht täuschen lassen wird. Gott gebe, daß zum mindesten das Verbrechen gegen unser Haus und uns —“ Er brach kopfschüttelnd und mit einem Seufzer ab.

„Darüber wirst du wohl ruhig sein können,“ sagte Kruse fast. „Gerade dieses unwürdigen Verdachtes wegen stellt er sich, wie er uns angab, um denselben nicht möglichweise mit sich in die Ferne zu tragen, einem anderen zum Vorteil. Und der Nachweis, daß er anderwärts gemeint, sei ein leichter und unwiderleglicher.“

„Gott gebe es!“ sprach Stemann mit einem Seufzer, und fügte hinzu, nachdem er mit der Hand leicht über die Stirne gestrichen milde hinzu: „Du kannst es mir nicht verdenken, lieber Kruse, wenn mich diese unglückselige Geschichte peinigt und verzerrt. Ich habe in betreff des unwürdigen Menschen meine eigenen Erfahrungen und meine eigenen Befürchtungen, und es ist, glaub' ich, nur verständlich, wenn ich zuerst an uns denke und unser Recht ihm gegenüber und uns selbst zu schützen suche. Daß ich ihm nicht übel will, kannst du mir glauben; und kann er sich, um es kurz zu sagen, rehabilitieren, so wird es niemand lieber sein, als mir, schon um meiner Frau willen. Ich will sogar morgen in die Stadt fahren und sehen, ob ich nicht etwas für ihn und den guten Menschen, den Caspar Hoers, tun kann, der sich weiter in diese Dinge einlassen zu haben scheint, als man ihm beim Gericht verzeihen möchte. Deltis hatte stets viel Rücksicht für uns.“

Am folgenden Tage wurde aus dieser verheißenen Fahrt in dessen noch nichts, und sie kam auch am nächsten nicht zu Stande. In Rostock stellten sich die jagennante Brandkommission und die Gerichtsbeamten ein, um die notwendigen Erhebungen und Berechnungen anzustellen, und es verriet sich von selbst, daß der Magister dabei nicht fehlen durfte. Der Schaden zeigte sich größer als man gefürchtet, es gab mehrere, die nahezu alles verloren hatten, denn wie anderwärts gleichfalls waren die Leute auch hier nur schwer zu einer Versicherung ihrer Habe zu veranlassen gewesen, es gab nicht wenige, welche dieselben ganz unterlassen hatten, und selbst Pfarrer Stemann war mit einer so geringen Summe besetzt, daß sein Verlust durch dieselbe meißens nicht gedeckt werden konnte. Zur Hebung dieser Angelegenheit wurde nur ein

bern auch der übrigen Anwesenden stellte sich aber heraus, daß Stemanns Einbuße eine noch um vieles größere gewesen war, als man bisher vermutet hatte. Eine Kassette mit Papieren, welche fast das gesamte Vermögen seiner Frau repräsentierten, war, in seinem Schreibtisch verschlossen, von der Pfarrerin bei dem ersten vorrätigen Ausräumen vergessen worden, und als Stemann bei dem wirklichen Brande nach ihr fragte, nicht mehr zu retten gewesen.

Man mußte die Fassung und den Gleichmut des Mannes bewundern, der diesen schweren Verlust in solcher Weise aufgenommen und ertragen hatte, daß selbst Kruse erst jetzt den vollen Umfang erfuhr; die meisten Nachbarn und Bekannten aber gar nichts davon wußten.

Wozu soll ich viel davon reden und die ohnehin qualvollen Selbstvorwürfe meiner guten Frau noch durch nutzlose Klagen verschärfen?“ fragte der Pfarrer, da man ihm seine Teilnahme und sein Erbarmen über eine solche schmerzende Fassung äußerte. „Meine eigene Schuld ist kaum eine geringere, als die ihre. Ich hätte daran ebenso gut denken sollen. Nun ist es geschehen und muß ertragen werden. Wir werden einige Annehmlichkeiten zu entbehren haben und unsere Kinder werden ein wenig mehr für sich selber sorgen und arbeiten müssen. Was mir bei weitem mehr leid tut.“ fügte er zu den nächsten Zuhörern gemeldet seufzend hinzu, „ist, daß mir von diesem und dem seine kleinen Ersparnisse anvertraut sind und daß ich den Ersatz erst allmählich werde leisten können.“

Es war auffällig, daß in seiner eigentlichen Gemeinde, das heißt unter den Dörfern, die Teilnahme für ihren Seelenhirten auch hier eine sehr geringe war. Der Schulze sagte einem der Kommissionsmitglieder im Gespräch darüber geradezu: „Na, der Herr Magister versteht's seinen Schaden herzurechnen. Es wird so arg nicht sein.“

Mit der Entstehung des Brandes war man bald im reinen. Eine schwere und dennoch sehr gemüthliche Fährlosigkeit hatte ihn veranlaßt, und die Strohdächer und der scharfe Wind erklärten und begründeten seine Ausdehnung. Bei dem Pfarrhause stand die Sache, wie wir wissen, anders und konnte über das gehehene Verbrechen kein Zweifel sein. Der Täter aber fehlte. Jeder von der Fortwärtersfrau erblökte Mann war bisher nicht anzufinden gewesen, und das mit den Hausgenossen und übrigen anwesenden Angestellten Verhör ergab keine neuen Anhaltspunkte. Man mußte eben auf ein günstiges Ergebnis der fortgesetzten Untersuchung hoffen.

Am Morgen nach diesen beiden geschäftsvollen und unruhigen Tagen kam der Magister endlich dazu, in die Stadt zu fahren. Es gehörte zu dem gewöhnlichen Besonderen des amman Kalles,

daß das Erscheinen des wohlbekannten und häufig sich zeigenden Geistlichen diesmal, wie man bald bemerken konnte, eine eigenartige Aufmerksamkeit erregt hatte, und er selbst und seine Gänge von mehr als einer Seite einer Kontrolle unterworfen worden waren, welche nichts außer acht lassen zu haben schien. Er war im Gefängnis gewesen und hatte daselbst nach kurzer Zeit mit unbefriedigter Miene verlassen. Seinen Stiefsohn habe er nicht gesehen, versicherte der Schlichter Christian, und sein Gespräch mit dem, heimlich gesagt, überaus mürrischen Herrn Lüders sei ein nicht weniger als geistlich sanftes und friedliches gewesen. Bei dem Rat Deltis, der, wie wir erjahren, die Untersuchung wider Deltis an einen seiner Kollegen abgegeben hatte, verweilte Stemann freilich länger. Aber auch hier schien es kein besriedigendes Gespräch gewesen zu sein. Er sah, da er sich wieder auf der Straße zeigte, so sorgenvoll, ja finstler aus, wie man es in diesen halb begreiflichen, halb milden, vom ruhigsten inneren Gleichgewicht zeugenden Zügen noch niemals beobachtet zu haben meinte.

Sein dritter Besuch galt dem Direktor Lint, und als man ihn nach einer halben Stunde wieder erblökte, war seine Miene noch finstrierer geworden. Er kehrte, ohne sich nach seinen übrigen Bekannten umzusehen, in den Gasthof zurück, ah zwar, wie gewöhnlich, an der Table d'hôte, war aber sehr schweigend und ernst, ließ gleich nach Beendigung der Mahlzeit anspannen und fuhr heim.

„Da haben Sie denn ja heute mittag den Herrn Magister persönlich kennen lernen, wie ich höre,“ sagte abends jener Bekannte, den wir schon einmal im Gespräch über den Fall mit Lint fanden, zu diesem. „Christlich gestanden, diese Teilnahme für Deltis — denn die war es doch wohl? — hat mich und andere überrascht. Man hat bisher niemals etwas davon gehört.“

„Lassen wir das gut sein,“ verzehrte Lint in einem gewissen ablehnenden Tone. „Ich halte zum wenigsten nicht viel von dieser Teilnahme.“ Der Herr hat mir überhaupt keinen angenehmen Eindruck gemacht — er scheint mir nicht wahr zu sein. Ja, ich habe dem Beweise davon. Er hat behauptet, daß er von Deltis' Rückkehr und Verhaftung erst am Morgen des Brandes etwas erfahren habe. Das ist unmöglich. Deltis hat ihm im Gegenteile so gleich Nachrichten gegeben. Das kann uns anderen allerdings sehr gleichgültig sein. Mein wozu ein solch — Verheimlichen?“

„Er sah verzweifelt ernst aus, da er abfuhr,“ sagte der andere so hin.

„Abfuhr?“ wiederholte Lint überrascht. „Grosche sagte mir, daß er ihn heute noch um eine Unterredung bitten würde. Da wird er sich bald zu einer zweiten Fahrt entschließen müssen.“

(Fortsetzung folgt.)



Jetzt ist und wie er sich beim Weitergang des Krieges entwickeln wird, dem Leser vor Augen zu führen. Der Verfasser kommt zu folgendem Resultat:

„Wenn England seinen Krieg weiterführen will und wenn unsere U-Boote fernerhin im Monat durchschnittlich nur 450 000 Tonnen der englischen Flotte vernichten, so können am 1. Februar 1918 England keine Schiffe mehr zur Versorgung seines Volkes zur Verfügung. Englands Schifflotte wird nicht entsetzt durch seine Kriegsflotte, deren Mächtigkeit nie ihresgleichen auf den Meeren sah, nein, die Handelsflotte entscheidet Englands Schicksal. Ist es allein die drohende Hungersnot, die England zwingen wird, die Waffen niederzulegen? Das goldene Gewand der stolzen Britannia wird sadenscheinig. Ist Armut nicht fürchterlicher als zeitliche Entbehrung? Wie arm wird England beim Friedensschluß sein, wenn der Vernichtungskampf gegen seine Handelsflotte weitergeführt werden muß! Das Verhängnis naht mit Riesenschritten. Der Kampf in Flandern, das Aufsteigen der Russen, das Versen von Bomben auf den Delberg, die Truppentransporte aus Amerika — das alles ist ein Verweilungskampf gegen das U-Boot. England wird des U-Bootes nicht Herr!

So viele Voraussagen sind in diesem Kriege nicht eingetroffen, da die Praxis so manchem Rechenkünstler, der mit Wenn und Aber operiert hatte, einen Strich durch seine Rechnung machte. Wir hoffen, daß der Friede eher eintreten möge, als die englische Handelsflotte auf dem Boden des Meeres liegt, denn der Zeitpunkt, an welchem der Friede dann eintreten soll, würde schließlich zu weit hinausgeschoben werden. Uebrigens würde dann Deutschland vielleicht mit der leidende Teil sein, der nach Friedensschluß unsern jetzigen Feinden mit seiner Handelsflotte auszuweichen müßte. Das deutsche Volk hätte dann den Nachteil, während die Reeder den Profit einfacken würden.

### Die Kölner Bürgermeistereiwahl.

Wie die „Köln. Volkszeitung“ mitteilt, haben die beiden großen Parteien des Kölner Stadtparlaments, Zentrum und Liberale, beschlossen, dem Ersten Beigeordneten Ideaner zum Nachfolger des am 31. Dezember 1917 ausgeschiedenen bisherigen Oberbürgermeisters Wallraf zu wählen. Ideauers Wahl erscheint damit gesichert. Er hat während des Krieges das Lebensmitteldezernat der Stadt mit größter Umsicht verwaltet.

## Conquets Enthüllungen über die Londoner Konferenz.

Im „Pays“ bespricht Jan Conquet die allierierten Sozialistenkonferenz und nennt die Teilnehmer ausführlich, wobei er außer den schon bekannten erwähnte: Bernhard Shaw, Sidney Webb, zwei portugiesische Delegierte und „zwei den Gemäßen — pardon Oberst — Großweil, der dort unten ein Regiment indischer Gemerkassier anführte, eine englische Dame, Miss Scatford, die in schlecht erklärter Eigenschaft eine sozialistische Partei von Seiten vertrat, deren Existenz sich bisher noch nicht bemerkbar gemacht hatte; dagegen fehlte die einzige bisher bekannte und geschätzte proletarische Organisation Griechenlands, der sozialistische Verband von Saloniki.“

Die Organisation war von vornherein Conquets Meinung nach, verfehlt. Der vorbereitende Ausschuss machte eine Entscheidung in den wichtigsten Fragen von vornherein unmöglich durch den Entschluß, daß nur eine bestimmte Beschränkung der Tagesordnung erlangt werden sollte.

Die französischen Delegierten erwiderten durchaus, trotz des formellen Beschlusses ihrer Partei, den Entschluß, nur gekommen zu sein, um gegen die Stockholmer Konferenz zu arbeiten, während die übermächtigende Mehrheit der Delegierten Mandate zur die Besetzung der Konferenz hatten: — Das ging so weit, daß beim fünften Programmpunkt Bernhard Shaw in schärfster Tone ausrief: „Wann werden die französischen Vertreter mit ihrer Obstruktion aufhören? Aus einem Munde riefen die Delegierten der Kinderheit: Sa-gem Sie besser: Wann werden die französischen Mehrheitler?“

In Wahrheit wollten Renaudel und seine Freunde eigentlich nicht Obstruktion machen. Aber ihre Besessenheit, zu verhindern, daß die Konferenz vor allem anderen ihren Willen, nach Stockholm zu gehen, bekräftigte und die langen Auseinandersetzungen über den Völkervertrag und mühsige philosophisch-politische Betrachtungen über „Bourgeoisien und Arbeiter“ verdrängten alles und machten auf die ausländischen Delegierten einen peinlichen Eindruck. So wurde es auf dieser Konferenz verhindert, daß der fast einstimmige Wille der organisierten Sozialisten der verbündeten Länder, mit allen Sozialisten der Welt die Friedensbedingungen und Kriegsziele festzusetzen, in aller Klarheit zur Geltung kam. Eine die Entscheidung hinauschiebende Resolution de Broderete wurde mit 53 gegen 23 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen abgelehnt. Dagegen stimmten die Russen, die Italiener, die Portugiesen, die Mehrheit der Engländer, die französischen Kinderheit: die Mehrheit entschied sich der Abstimmung. Nur de Broderete stimmte die Belgier (wegen dessen im „Sozialist belge“ und von den im Land gefühlten Gesinnungen wie Ansele heilig widerstanden wird), ein paar Engländer, die indischen Reformisten, Miss Scatford und der Oberst Großweil.

Haudeman, der gegen internationale Konferenzen sprach und eine dementsprechende Resolution einbringen wollte, sprach wie Conquet sagt, unter Gelächter und Abscheulichen der Zuhörer.

Die von Rar Donald eingebrachte Resolution, die gegen die Berweiterung der Pässe protestiert, wurde mit 50 Stimmen gegen 2 angenommen.

Diese Mitteilungen Conquets haben gegenwärtig noch ein besonderes aktuelles Interesse, weil sie beweisen, daß die Opposition der französischen Mehrheit gegen Arbeit mit feiner Berweiterung der Pässe für Stockholm wohl kaum das geringste zu tun hat.

## Kohlennot im Kohlenrevier.

Das dem Kaiserreich wird ausgeschrieben: Das deutsch-Organisationsbureau in London des Reiches in Genä genommen. Die Arbeiter haben immer gewußt, daß das Scheitern aller Entwürfe eine gute Organisation ist. Und eben hat sie, trotz aller Selbstverleumdungen erweisen, daß die Verantwortlichen in der deutschen und französischen Regierung mit dem Organisationsbureau nicht besonders befaßt sind. Sie verschließen sich nicht auf Organisationsarbeit und sie haben in der heutigen Kriegswirtschaft unendlich viel besorgniserregend und Abscheulich gemacht. Wer hätte z. B. noch wirklich Hoffnung, daß in das Organisationsbureau gründlich Ordnung gebracht wurde? Dem Kaiserreich selbst über die Praxis, die Verantwortlichkeit mit dem wirklichen wirtschaftlichen Leben. Er „wider“ alles was grünte Lage aus nach Schenke.

Es wird es allerdings auch nicht anzunehmen, daß wir wegen der Kohlenversorgung den allerhöchsten Stellen Ge-fahren ausgeht werden. Im vorigen Winter war es mit der Kohlennot in Deutschland sehr schlimm, es mag aber betont werden, daß es damals eben nicht eine Kohlentransport- als Kohlenlieferungsfrage war. Es ist sehr bedauerlich, daß die Regierung nicht versucht hat, die Kohlen auf dem Festland aus dem Ausland zu beschaffen, sondern nur die Kohlen in den Revieren zu beschaffen. Daraus ist heute aber nicht der Hauptgrund, so sollte es schon bei der Kohlenfrage sein.



St. Petersburg und Umgegend

Der Uebel sollte nun durch eine zweimächtige Organisation abgefallen werden. Zur Leitung der Versorgung wurde ein Kohlenkommissar in Berlin bestellt. Wie üblich, sind wieder Verordnungen erlassen, Kohlenbestandsberichtigungen vorgenommen und die Kohlenkarte eingeführt worden. Wird die Sache nunmehr klappen, werden wie vor erneuter Kohlennot in diesem Winter bemerkt bleiben? Wir fürchten, die letzten Zustände werden noch schlimmer sein als die ersten. Man braucht bloß einmal die Verhältnisse an Ort und Stelle, im Ruhrrevier selbst, zu studieren. Auch in den dortigen Industriestädten ist die Kohle genau rationiert. Weder die industriellen Werke, noch die Städte, noch Private erhalten Kohlen auf Vorrat. Die Vorräte, die man grünen Tische erlassen sind, müssen auch hier verteilt besetzt werden, obwohl sie direkt zum Umlauf werden. Schon jetzt, im Monat August, kostete der Transport ins Land, es fehlte an Eisenbahnwagen. Einige Zehner waren genötigt, die Belegstellen auszufragen zu lassen, andere ließen die Kohlen über Wege auf den Häufen kippen. Die Preise „Minister Stein“ bei Dortmund mußte 10 000 Tonnen Kohlen auf die Halde kippen. Der Jochen „Erin“, „Germania“, „Rhein-Eibe“ usw. ging es ähnlich. Zwar hätten die Kohlen durch Zuhilfe der Viechaten, auch bei nahegelegenen industriellen Werken und häuslichen Betrieben, die Kohlenmangel litten, sehr gut abgeholt werden können, aber das durfte nicht sein. Also an der Quelle Kohlen im Ueberfluß, und die industriellen Werke dabeilich leiden an Kohlenmangel. Das Wasserwerk einer ersten Industriestadt im Bezirk war in voriger Woche nahe daran, seinen Betrieb einzustellen, was eine katastrophale Wirkung zur Folge gehabt hätte, da auch die großen industriellen Werke von der Wasserversorgung abhängig sind. Dieser Fall ist mehr als skandalös, kann sich aber leicht wiederholen.

Man bedenke wohl, das alles konnte sich ereignen, ehe noch die großen Herbsttransporte an Kartoffeln und Rüben auf der Eisenbahn begonnen haben. Mit Mitte September beginnt die große Kartoffelernte; schon in früheren Jahren kostete dann der Kohlenbedarf ganz erheblich. In diesem Jahre wird es sicher nicht besser sein. Was soll dann werden? Sollen dann auch die Kohlen auf die Bergbahnen der Zechen gekippt werden, sollen dann auch die Bergleute wieder feiert? Oder wäre es nicht richtiger, wenn während dieser kritischen Zeit gerade die Privaten im Industriebezirk erspart würden, sich für den Winter einzudecken und, wenn den industriellen Werken in der Höhe der Zechen gestattet würde, sich einigen Vorrat anzulegen? Das wäre doch vernünftiger; das wäre richtige Organisation. Dann würden nach der Kartoffelernte doch unendlich Kohlen frei für den Transport ins Land. Die bekannten Tatsachen wirken außerordentlich aufregend auf die Bevölkerung, sowohl auf die Arbeiterklasse, als auch auf die Unternehmer.

## Ernährungsfragen.

### Die Versorgung mit Herbstgemüse.

Am Donnerstag hatte der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Oberregierungsrat v. Tilly, einige Vertreter der Presse zu sich geladen, um ihnen über die Erfüllung des Herbstgemüsebedarfs Mitteilungen zu machen. Nach einem Bericht des „Berl. Tagbl.“ — unser Bericht war nicht geladen worden — machte Herr v. Tilly folgende Ausprägungen:

Als die Bekanntmachung am 20. August in Kraft trat, hatten die Karmelobefahrten nur 300 000 Zentner Obst und furchten überhaupt nichts mehr zu bekommen. Am 12. September verfügten sie bereits über 2 Millionen Zentner. Wenn noch kurze Zeit die Zehner so anhalten, kann vom 15. Oktober, spätestens vom 1. November ab auch die Zitrusobsterzeugung auf hinreichende Versorgung von Brotkorn aus Obst rechnen. Vielleicht wird man ihn mit Karotten, Kürbis und Kartoffeln streuen. Trotz der großen Gefahr an die Karmelobefahrten in die Beschäftigung der Arbeiterklasse auszuweisen, nicht zum wenigsten der starken Einschränkung des Schleißhandels. Leider sieht es in Zukunft für die Herbstgemüse weniger günstig aus, da viel Spätobst frühzeitig reifen und dem Wännen geopfert wird. Am dem etwas entgegenzusetzen, treten vom 15. September nun 14 Tagen zu 14 Tagen Preisnachlässe ein. Mit dem 17. September tritt der Preisrückgang ein (war eine andere Form der Preisrückgang) in Kraft.

Schließlich wie die Ernte von Äpfeln, Birnen und Pflaumen, sollen nun auch die Herbstgewürzarten (Rettich, Rot- und Wirsingkohl, Mohrrüben aller Art, Kohlraben, Runkelrüben und Zwiebeln) angemessen erfüllt werden. Die Verordnung, die heute veröffentlicht wird und vom 15. d. M. an in Kraft tritt, ermöglicht die Landesstellen zu bestimmen, daß für ihre Bezirke oder Teile davon mit Zustimmung der Reichsstelle die entsprechenden Hauptgewürzarten oder einzelne davon nur mit ihrer Genehmigung abge-liefert werden dürfen. Die Verteilung des so erhaltenen Gemüses auf die verschiedenen Verzehrer und den Frischverbrauch erfolgt

gen für den Frischverbrauch zurückbehalten werden dürfen und wo hin der Ueberfluß zu liefern ist. Von der Absatzbeschränkung bleibt der Absatz durch den Erzeuger an Verbraucher, wenn nicht mehr als 5 Ag. an den gleichen Verbraucher abgeholt werden, sowie der Absatz durch den Kleinhändler und der Vertrieb auf öffentlichen Märkten frei. Ebenfalls unterliegt der eigene Verbrauch des Erzeugers einer Beschränkung. Die Reichsstelle wird in den Erzeugungsgebieten immer nur das Hauptgemüse zwangsweise erfassen, z. B. in Kalau die Zwiebeln, im Kreise Westfalen den Weißkohl. Man hofft, daß von dieser Zwangsverfassung nicht allzu oft Gebrauch gemacht wird. Es sind jetzt bereits so viel Lieferungsverträge — insgesamt 65 700 — abgeschlossen worden, daß die Städte auf genügende Gemüsezufuhr rechnen können. Kommt doch für diese Lieferungsverträge ein Gebiet von 112 300 Hektar in Betracht, das größer ist als das gesamte deutsche Gemüseland im Friedensjahr 1913.

## Allelei Kriegsnachrichten.

### Zu den Friedensgerichten.

Der „Bosl. Zeitung“ wird aus Zürich gemeldet: Offenbar inspiriert erklären die katholischen „Neue Zürcher Nachrichten“ gegenüber den Gerüchten von einem englischen Friedensangebot und einer Werbung der „United Press“ aus Rom, der Papst halte den Frieden für den Anfang 1918 für gelichtet. Den beiden Nachrichten sei, was ihre Einzelheiten betreffe, Zurückhaltung geboten, aber glücklicherweise sei in beiden ein wesentlicher Kern von Wahrheit enthalten. Gegenwärtig seien verschiedene, sehr gewichtige Stellen damit beschäftigt, die Friedenswege zu ebnen, und gottlob erfolgreich. Die Papstnote habe sich als Bahnbrecher erwiesen. Das Wort melde weiter, man sage einem Mitglied des neuen Kabinetts in Frankreich nach, daß es schon im Juni d. J. erklärt habe, es sei nun an der Zeit, den Frieden zu machen.

Der „Manchester Guardian“ glaubt, daß die Besprechung der Entente über die Papstnote den Weg zur Aussprache mit dem Feinde vorbereite. Der „Corriere della Sera“ meldet aus Rom: Der Vatikan erhielt die Nachricht, daß die Antwortnote auf das Friedensdokument des Papstes am Sonnabend von den Mittelmächten überreicht wird.

Auf einen bedeutenden Stimmungsumschwung in französischen Regierungskreisen läßt ein Artikel des „Temps“ schließen, der anspricht, daß Wilsons Antwortnote noch keinen völligen Abschluß der Friedensaktion des Papstes bedeute. Die Antwort der Mittelmächte könne, falls sie positive Vorschläge bringe, die Grundlage neuer Erörterungen bilden. Ferner führt das Blatt in einem Ueberblick über die Lage der Entente aus, daß der Ernst der gegenwärtigen Stunde nicht verheimlicht werden dürfe, es trete überall zu Tage, daß die russische Krisis auf alle Fronten zurückwirke.

### Die Neuordnung in Polen.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht folgenden kaiserlichen Erlaß an den Generalgouverneur in Warschau, General der Infanterie v. Beseler:

„Mein erlauchter Bundesgenosse, Seine kaiserliche und königliche Apostolische Majestät und ich haben uns zu einem weiteren Ausbau des polnischen Staatswesens, für das wir durch die Proklamations vom 5. November 1918 den Grund gelegt haben, entschlossen. Der harte Kriegszustand gestattet leider noch nicht, daß ein König die alte polnische Krone zu neuem Glanze erweckt, und daß eine aus allgemeinen und unmittelbaren Wahlen hervorgegangene Volksvertretung ihre Beratungen zum Wohle des Landes aufnehmen. Dagegen wollen wir schon jetzt die Staatsgewalt in der Hauptache in die Hände einer nationalen Regierung legen, während die Rechte und Interessen des Volkes einem neuen erweiterten Staatsrat anvertraut werden sollen. Den Okkupationsmächten werden in wesentlicher Uebereinstimmung mit den Anträgen der Vertrauensmänner des Landes nur jene Befugnisse vorzuenthalten, die der Kriegszustand erfordert.“

Ich erhoffe, daß dieser neue, auf der Bahn zur Verwirklichung eines selbständigen polnischen Staates getane Schritt sich in seiner weiteren Auswirkung als segensreich erweisen und dazu führen wird, daß das durch die russische Herrschaft so lange in seiner freiheitlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung gewaltsam zurückgehaltene Land durch die eigene Kraft seiner Bürger und den freien selbstgewählten Anschluß an die in treuer Freundschaft zu ihm stehenden Mittelmächte einer friedlichen und gesegneten Zukunft entgegengeht.

Demgemäß beauftrage ich Sie, das angelegene Patent, betreffend die Staatsgewalt im Königreich Polen, gemeinsam mit dem k. österreichisch-ungarischen Militär-gouverneur in Lublin zu erlassen.

Großes Hauptquartier, den 12. September 1917.  
gez. Wilhelm I. R.“

### Patent betreffend die Staatsgewalt im Königreich Polen.

Artikel 1: 1. Die oberste Staatsmacht im Königreich Polen wird bis zu ihrer Uebernahme durch einen König oder Regenten unter Wahrung der völkerrechtlichen Stellung der Okkupationsmächte einem Regentenschaftsrat übertragen.

2. Der Regentenschaftsrat besteht aus drei Mitgliedern, die von den Monarchen der Okkupationsmächte in ihr Amt eingesetzt werden.

3. Die Regierungsbeamten des Regentenschaftsrates bedürfen der Gegenzeichnung des verantwortlichen Ministerpräsidenten.

Artikel 2 befaßt: Die gesetzgebende Gewalt wird vom Regentenschaftsrat unter Mitwirkung des Staatsrates des Königreiches Polen nach Maßgabe dieses Patents und der hierdurch zu erlassenden Gesetze ausgeübt. In allen Angelegenheiten, deren Verwaltung der polnischen Staatsgewalt noch nicht überlassen ist, können gesetzgeberische Anträge nur mit Zustimmung der Okkupationsmächte im Staatsrat verhandelt werden. In diesen Angelegenheiten kann neben den bestehenden Organen des Königreiches Polen bis auf weiteres auch der Generalgouverneur, jedoch nur nach Anhörung des Staatsrates, Verordnungen mit gesetzgeberischer Kraft erlassen, außerdem kann der Generalgouverneur zur Wahrung wichtiger Kriegsinteressen die unabwendlich notwendigen Anordnungen mit Gesetzeskraft erlassen sowie ihre verbindende Rundmachung und Durchföhrung ausüben durch Organe der polnischen Staatsgewalt verfügen.

Artikel 3 lautet: Der Staatsrat wird nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes gebildet, das der Regentenschaftsrat mit Zustimmung der Okkupationsmächte erläßt.

Artikel 5 lautet: Die völkerrrechtliche Vertretung des Königreiches Polen und das Recht zum Abschluß internationaler Vereinbarungen können von der polnischen Staatsgewalt erst nach Beendigung der Okkupation ausgeübt werden.

In dem Erlaß der beiden Generalgouverneure an die gesetzgebende Kommission des polnischen Staatsrates heißt es: Die erste Aufgabe des Regentenschaftsrates wird die Berufung eines Ministerpräsidenten sein, den zu beauftragen die verbündeten Mächte sich vorbehalten. Um den Wünschen und Interessen aller Kräfte des polnischen Volkes eine Vertretung zu sichern, soll der Staatsrat in neuer, erweiterter Gestalt und mit vermehrten Mitgliedern wieder auflösen. Er ist der Vorläufer des polnischen Landtages. Seine Aufgabe liegt auf dem Gebiete der Gesetzgebung.

Während die Verordnung vom 26. November 1916 dem polnischen Staatsrat nur eine beratende Stimme einräumt, soll dem Staatsrat auf dem legislativen Gebiete eine beschließende Stimme zufließen.

### Allgemeiner Zustand in Portugal.

„Allgemeines Handelsblatt“ zufolge erfährt „Daily Mail“ aus Madrid, daß in Portugal ein allgemeiner Ausstand begonnen hat, der alle Exzelle und auch die Banken und Bankwirtschaften umfaßt. Es erscheinen keine Zeitungen. Der Belagerungsstand



# Aus der Partei.

Parteitag der französischen Sozialisten. Der sozialistische Verwaltungsausschuss beschloß, den diesjährigen Parteitag vom 6. bis zum 9. Oktober in Bordeaux abzuhalten.

# Aus dem Gerichtssaal.

Eine 15jährige Mörderin. Am 30. April wurde, wie feinerzeit berichtet, die Witwe Limbe in Hamburg in ihrem Bett mit zertrümmertem Schädel aufgefunden. Ihre 15jährige Enkelin Susertine Luis aus Walsum hatte sich am Tage zuvor in die Wohnung eingeschlichen. Sie wartete am Morgen, bis die anderen Angehörigen sich zur Arbeit begeben hatten, und suchte dann bei der schlafenden Großmutter nach Geld. Als diese erwachte und sie hinauswies, kehrte sie mit einem schweren Hammer zurück und zertrümmerte der inzwischen wieder eingeschlafenen alten Frau mit mehreren Schlägen den Schädel. Aus einem Schrank nahm sie dann 40 Mark. Als sie flüchten wollte, wurde sie von Nachbarn, die auf die Hilferufe der Ueberfallenen herbeigeeilt waren, festgehalten. Die jugendliche Mörderin wurde zu neun Jahren Gefängnis verurteilt.

Auch ein „Patriot“. Der Leiter einer Dresdener Zigarettenfabrik, Friedrich Julius Schulz, stahl dem Gemeindevorstand in Oberlößnitz, wo er häufig einen Beamten besuchte, Brotmarken, für die er Mehl zum Preise von 16 und 18 Pfennig das Pfund kaufte. Dieses Mehl verkaufte er als Auslandsmehl zum Preise von 2 Mark bis 2,30 Mark an die Arbeiter seiner Fabrik, obwohl er nach seinen eigenen Aussagen vor Gericht ein Jahreseinkommen von 12 000 bis 16 000 Mark hat. Das Landgericht verurteilte den Mann zu sechs Monaten Gefängnis und 800 Mark Geldstrafe.

# Aus Nah und Fern.

Der Breslauer Millionenschwindel. Zu der gestern gemeldeten Verhaftung der Millionenschwindlerin Gohla wird weiter berichtet: Die Entdeckung des Schwindels, der seit mehr als 20 Jahren betrieben worden war, ist einem eigenartigen Zufall zu verdanken. Die Breslauer Polizei hatte Verdacht wegen Rentenhandels unter Breslauer Bühnengehörigen geschöpft. Daraufhin ließ sie eines Tages unerwartet bei einigen bekannten Breslauern eine Hausdurchsuchung veranstalten, jedoch ohne Erfolg. Dagegen fielen der Polizei bei dieser Gelegenheit Papiere in die Hände, die sie auf die Spur der Frau des Magistratsassistenten Gohla führten. Eine einmalige Hausdurchsuchung bei dieser blieb gleichfalls erfolglos, und schon wollte die Polizei sich wieder entfernen, als Frau Gohla ganz unvermittelt einem Beamten einen Tausendmarktschein in die Hand drückte. Bei weiteren Hausdurchsuchungen entdeckte die Polizei dann Banknoten-Streifbänder über den Gesamtbetrag von 26 000 Mk und Schuldscheineabschriften im Werte von 700 000 Mk. Der Gheinnann ist wieder aus der Haft entlassen worden, da er, wie es scheint, an den Schwindelaktionen nicht beteiligt ist. Frau Gohla, eine 41 Jahre alte Frau, hat ein fürstliches Leben geführt. Ihre Mutter hatte im Alter von 30 Jahren einen Waisenknaben angenommen, den sie großzog und nach seiner Volljährigkeit heiratete. Dieser Ehe entstammte die Verhaftete. Sie lebte seit jeher über ihre Verhältnisse. Ihr Schmuck, ihre vielen Handtäschchen in Silber und Gold und ihre Garderobe haben zusammen einen Wert von 1/2 Million Mk. Um ihrer Umgebung ihr Erbe zu verbergen, mietete die Schwindlerin im besten Viertel Breslaus eine zweite große Wohnung, in der sie ihre Güter empfing.

Den Vater erschossen. Den eigenen Vater aus Versehen erschossen hat der mit einem Revolver spielende 8 Jahre alte Schulknabe Jod in Oberlößnitz.

Doppeltmord zweier junger Mädchen. Aus Furcht vor Strafe sind zwei junge Mädchen in Moabit in den Tod gegangen. Der Theaterschneider Gottschalk, der in der Lübecker Straße 4 wohnt, war durch seinen Beruf genötigt, seine Kinder sich selbst zu überlassen. Dadurch geriet seine Tochter Klara in schlechte Gesellschaft. Gestern bemerkte man im Hause einen starken Gasgeruch und die sofort benachrichtigte Polizei fand, als sie in die verschlossene Wohnung eindrang, in der Küche zwei junge Mädchen, die 17jährige Maria Ruck und die 19jährige Tochter des Schneiders, Klara Gottschalk, jede mit einem Gasflaß in der Hand tot am Boden liegen. Die Leichen wurden beschlagnahmt und die Staatsanwaltschaft bittet um Verurteilung. Wie sich herausgestellt hat, hatte Klara Gottschalk ihrer verheirateten Schwester 5000 Mark entwendet. Bevor der Diebstahl entdeckt wurde, brachte sie das Geld mit ihrer Freundin, Anna Ruck, aus der Waldstraße durch. Lange aber konnte der Diebstahl nicht verborgen bleiben. Die Beschlagnahme machte Anzeige und die beiden Mädchen sahen jetzt einem Strafverfahren entgegen. Aus Neugier und Furcht beschloßen wohl die Mädchen, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden.

Eine angenehme Gegend. Die Stadt Annaberg i. S. gibt aus ihrer eigenen Schweinemästerei Fleisch zu billigen Preisen ab. Es kostet das Pfund: Blatt, Ramm, Rücken, Keule, Bauch, Speck, Schmeer, Fettsäcken und Würstchen 1,50 Mark. Schweinsknochen werden (Diebein) mit 80 Pfg., Spitzbein mit 30 Pfg. bezahlt.

Eine Geheimschlächterei. Die Dortmunder Polizei beschlagnahmte in einer Geheimschlächterei 31 geschlachtete und 29 lebende Schweine. Zwei Personen wurden festgenommen.

Gefährliches Eisenbahngut. In der Güterhalle des Hauptbahnhofs in Würzburg zerbrach dieser Tage ein Koffer, der die Ausrüstungsgegenstände eines gefallenen schiffischen Soldaten barg, die den Angehörigen überhandt werden sollten. Beim Wiedereinpacken der Sachen explodierte eine Handgranate, die sich darunter befand. Sie tötete den Stationsgehilfen Adam Basel, Vater von sechs Kindern, auf der Stelle. Zwei andere Beamten wurden so schwer verletzt, daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten.

Zusammenstoß auf dem Hugsburger Hauptbahnhof. Der Korrespondenz Hoffmann wird amtlich aus Hugsburg mitgeteilt: Heute früh 3,10 Uhr stieß auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein ausfahrender Militärzug zwei Güterwagen festlich an, die im Nebengleis über das Marktgäßchen hinaus standen. Infolge des Aufstoßens wurde der Packwagen und der nachfolgende Personenwagen des Militärzuges umgeworfen und schwer beschädigt und ein Wächtermeister getötet. Außerdem wurden nur geringfügige Hautabschürfungen bei einzelnen Mannschaften festgestellt. Der Materialschaden ist ziemlich beträchtlich. Die Gleise werden voraussichtlich nachmittags wieder befahrbar sein.

Große Feuersbrunst in München. Das in Marseille eingetroffene „Ego de Chene“ berichtet dem „Lands“ zufolge, auf dem japanischen Bahnhof München sei eine Feuersbrunst ausgebrochen. Sie habe sich auf die Stadt ausgebreitet, wo über 300 Häuser zerstört worden seien. Der Schaden werde auf 5/4 Millionen Dollar geschätzt.

Verheerende Ueberschwemmungen in China. Nach einer Reutermeldung aus Schanghai sind durch Ueberschwemmungen in der Provinz Njisi (Pekihü) drei Millionen Menschen obdachlos geworden. Es ist unmöglich, die Zahl der Ertrunkenen anzugeben. Auch in den Provinzen Honan, Sipe und Hunan richtete das Hochwasser große Zerstörungen an.

Ungewöhnliche Kälte in Amerika. Pariser Blätter melden aus Newyork vom 24. August: Die außerordentliche Kälte der letzten Tage verursachte in den Vereinigten Staaten einen Schaden von mehreren Millionen Dollars, besonders an Getreide, Jungholz und Tabakplantagen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

# STADTTHEATER LÜBECK

(Direktion: Stanislaus Fuchs).

## Eröffnung

der Winterspielzeit 1917-18.

Sonntag, den 30. September 1917:

## Lohengrin.

Große Oper von R. Wagner.

Dienstag, den 2. Oktober 1917:

## Faust.

(1. Teil)

Von Wolfgang Goethe.

Mittwoch, den 3. Oktober 1917:  
**Der Barbier von Sevilla**

Komische Oper von G. Rossini.

## In Vorbereitung:

### a) Schauspiel.

Gyges und sein Ring. Von Fr. Hebbel.  
Hannele's Himmelfahrt. Von G. Hauptmann.  
Luther auf der Wartburg. Von F. Lienhard.  
Das Märchen vom Wolf. Von F. Molnar.  
Jedermann. Von H. v. Hofmannsthal.  
Der Volksfeind. Von H. Ibsen.  
Penthesilea. Von H. v. Kleist.

### b) Oper:

Ariadne auf Naxos. von R. Strauß.  
Die toten Augen. Von E. d'Albert.  
Hans Heiling. Von H. Marschner.  
Don Juan. Von W. A. Mozart.  
Die Meistersinger von Nürnberg. Von R. Wagner.  
Der Ring des Nibelungen. Von R. Wagner.  
(Neue Dekorationen.)

### c) Operette:

Die Kaiserin. Von Leo Fall.  
Nanon. Von R. Genée.  
Wiener Blut. Von R. Strauß.

Bezüglich der weiteren Bekanntgaben des Spielplans, insbesondere der Veröffentlichung des Personalverzeichnisses für die neue Spielzeit, wird auf die Ankündigungen des Stadttheaters an Anschlagssäulen und Tafeln usw. hingewiesen. 2651

Mit den namhaftesten Künstlern Deutschlands, wie Lucie Höflich, Albert Bassermann, Michel Bohnen u. a. sind Gastspielverträge für die Winterspielzeit abgeschlossen.

Gestern starb plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, der Oekonom  
**Carl Kluth**  
im Alter von 45 Jahren. (2667)  
In tiefstem Schmerz  
Paula Kluth, geb. Westerkowsky und Kinder.  
Lübeck, den 15. September 1917.  
Die Beerdigung wird noch bekannt gegeben.

Als Verlobte empfehlen sich:  
Frieda Böttcher  
Karl Nehlsen.  
Lübeck S. M. E. Seydlitz,  
31. a. Uraub Lübeck,  
16. September. (2634)  
Für die mir zuteil gewordene unerwartete Unterstützung, gesammelt von den Arbeitern — hauptsächlich Arbeiterinnen — der Schwartauer Honigwerke, spreche ich meinen herzlichsten, tiefgefühlten Dank aus.  
Frau M. Busch. (2657)  
Herbstfest event. als Lager-  
raum zu vermieten. (2637)  
E. Käbitz, Krähenstr. 29.

Eine ordentliche, zuverlässige  
**Frau als Wärtlerin**  
in geleerten Jahren ohne Ab-  
ding gesucht. (2647)  
Meldungen im  
Stieghaus, H. Burgstr. 22.  
Dung zu kaufen gesucht.  
Kamischkalle zu verkaufen.  
2636) Bercevalstr. 29.  
**Visitenkarten**  
liefert schnellstens  
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

**Hausstandslumpen**  
per Pfund 12 Pfg.  
**Neutuchabfälle**  
per Pfund 50 Pfg.  
**Alte Krollhaare**  
per Pfund 1,00 Mk.  
**Alte Zeitungen u. Geschäftsbücher**  
per Pfund 5 Pfg.  
**Knochen**  
per Pfund 5 Pfg.  
**Hasen- und Kaninchenfelle**  
Lissauer, Kl. Schranken 8.  
Knochenannahmestelle. (2638)

Heute u. folgende Tage  
**frisches Fleisch**  
**Roßschlachtereil Lübker**  
2659) Friedenstr. 42.  
**Herzli. Sonntagsdienst**  
am Sonntag, 16. Septbr.: (2646)  
Dr. Slaring, Pferdmarkt 15.  
Dr. Stoffer, Kronsford. Allee 18.  
Dr. Dinkgrawe, Moisl. Allee 32.

**Chorverein Lübeck**  
Montag, 17. September  
abends 8 Uhr  
**gemeinsame Chorprobe**  
zur Trauerfeier. (2659)

**Stadthallen-Sommertheater**  
Sonnabend, 15. Septbr. 1917:  
Anfang 8 1/4 Uhr  
**Das Dreimäderlhaus.**  
Sonntag, den 16. Sept. 1917:  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Zum letzten Male:  
**Das Dreimäderlhaus.**

Dienstag, den 18. Sept. 1917:  
Anfang 7 Uhr:  
Letzte Vorstellung der  
Sommerzeit.  
Ehrenabend zugunsten des  
gesamten Personals.  
Gastspiel von Tili Felner v.  
Carl-Schultze-Theater, Ham-  
burg:  
**Der Soldat der Marie.**

Zeitschriften aller Art.  
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.  
Konzerthaus  
**Zauberflöte.**  
Täglich Konzert von  
**Damen-Traviata.**  
Kapelle  
Anfang 7 Uhr.  
2635) L. Kock.

Haben Sie sich schon ein  
**Sombolalos gekauft?**  
Ziehung unwiderruflich am  
30. September 1917.  
Lose Nr. 1. (2668) Lose Nr. 1.  
Lübecker Landesauskunft  
von Deutschlands Spende für  
Sänglings- u. Kleinkinderschutz.  
**Straßenammlung**  
am  
22. und 23. September 1917  
zugunsten (2662)  
des Lübecker Landesauskunft  
von Deutschlands Spende für  
Sänglings- u. Kleinkinderschutz.

**HANSA-THEATER.**  
Sonntag, den 16. September, abends 8 Uhr:  
Eröffnung der Winterspielzeit.  
Neu! Zum ersten Male: Neu!  
Größter Operettenschlager der Jetztzeit:  
**Die tolle Komtess.**  
Operette in 3 Akten von Bernauer und Schanzer.  
Musik von Walter Kollo.  
Billetvorverkauf im Holstenhaus während der üblichen  
Geschäftsstunden und an der Kasse des Hansatheaters von  
10—1 vormittags und nachmittags von 6 Uhr ab.  
Sonntag nachmittag: Keine Vorstellung.  
Montag, den 17. September, abends 8 Uhr:  
**Die tolle Komtess.** 2654

Brauerei zur Walkmühle  
**Hansa-Brauerei A.G.**  
Lübeck.  
Trinkt  
**Lübecker Vereins-  
Bräu**

**Bavaria-Brauerei**  
Hamburg-Altona  
Niedertage Lübeck  
Lindenstr. 30a Tel. Nr. 474  
Julius Schöber  
Große Burgstr. 55

**Praktischer Wegweiser**  
Heinrich Waller  
Breitestr. 60  
Herrenwäsche,  
Krawatten, Unterzeuge,  
Hüte, Schirme etc.  
Wilhelm Rahft  
Untertrave 112. Telefon 677  
veredelte Brauwaren von  
diversen Weibern u. Spitzweibern

**Carl Rohde**  
Schlesenschnitt, Lederwaren,  
Patent-Eiswaren  
Glandergstraße 7  
Hörn. Schilling, Schlesenschnitt

**August Scheere**  
G. m. b. H.  
Lübecker Wurfabrik  
**Emil Aland**  
Wih. Schmidt Nachf.  
G. Aland, Bäckmeister.

Kenner bevorzugen  
das gute Lübecker  
**Bürgerbräu**  
Aktienbrauerei Lübeck  
Ratzburger  
Aktien-  
Brauerei



